

**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



15 Jahre

Politik mit Frauen für Frauen

Grußwort

Wir über uns

Chronik

Projekte

Frauen in Gremien

Stimmen zum 15-jährigen Jubiläum

Eine kritische Bilanz

Ausblick

Dank

Struktur und Arbeitsebenen

Mitgliedsorganisationen

Fördermitgliedschaft

15 Jahre
FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.

Politik mit Frauen für Frauen

Grußwort

Liebe Frauen und Mädchen,
seit nunmehr 15 Jahren engagiert sich der Frauenpolitische Rat für die Belange und Interessen der Frauen und Mädchen in Brandenburg. Ein Engagement, das vieles im Land verändern half, uns wichtig ist und immer wichtiger wird. Mit beeindruckender Kraft, vielfältigen Ideen und großer Kompetenz unterstützen Sie und Ihre 24 Mitgliedsverbände, Organisationen und Vereine die Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Auf dem Weg zu wirklicher, gelebter Chancengleichheit ist der Frauenpolitische Rat ein wichtiger Begleiter: Er engagiert sich für frauenpolitische Anliegen in Politik, Verwaltung und Gesellschaft und wacht kritisch-konsequent über die Durchsetzung seiner Forderungen. Seine Aktivitäten haben Brandenburg, haben den Frauen und Mädchen hier gut getan. Ich danke dem Frauenpolitischen Rat und allen seinen Mitstreiterinnen sehr und beglückwünsche Sie namens der brandenburgischen Landesregierung herzlich zu Ihrem 15-jährigen Bestehen!

Wir sind in den letzten Jahren entscheidende Schritte vorgekommen auf dem Feld der Frauenpolitik, das wie kaum ein anderes den Zustand und die Qualität der Gesellschaft widerspiegelt. Frauenpolitik kann nur erfolgreich sein, wenn sie sich an den Bedürfnissen und Belangen der Frauen und Mädchen orientiert, von tatkräftigen Frauen vorangetrieben wird und Bedingungen schafft, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind nicht nur die Garanten für Menschenwürde und ein Leben ohne Diskriminierung, sondern auch unabdingbare Elemente für den wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung. Dies heute, morgen und übermorgen zu gewährleisten, ist eine Herausforderung, der wir uns täglich neu stellen müssen – entschlossen, engagiert, ideenreich.

Wer Gleichberechtigung und Chancengleichheit gewährleisten will, der muss folgerichtig in allen Politikbereichen die Interessen der Frauen und Mädchen im Blick haben. Deshalb werden wir auch künftig die Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Prinzips konsequent einfordern, um Mädchen und Frauen dauerhafte Entwicklungsperspektiven zu bieten.



Auch dank der Aktivitäten des Frauenpolitischen Rates sind Frauen in Brandenburg selbstbewusster geworden; sie fordern heute ihre Rechte mutiger ein. Das ist auch gut so, denn sie haben allen Grund dazu. Denn trotz aller erreichten Fortschritte spuken in vielen Köpfen immer noch die tradierten Geschlechterrollen rum. Deshalb muss unsere Frauen- und Familienpolitik vor allem auch die Männer erreichen und eine neue Kultur des Denkens einfordern. Da müssen wir die Arbeitgeber für ein familiengerechteres Arbeitsregime ebenso gewinnen, wie alle anderen, die in der Gesellschaft Verantwortung für eine ausgewogene Entwicklung des Gemeinwesens tragen.

Am Ziel sind wir noch lange nicht, und hier ist wohl eher auch der Weg das Ziel. Es geht uns um eine insgesamt zukunftsfeste Gesellschaft, in der die Generationen gerecht miteinander umgehen und jede Art von Diskriminierung ein Fremdwort ist – ob nun im Arbeitsleben, in der Familie, der Bildung oder der Pflege.

Der Frauenpolitische Rat war und ist im Umsetzen dieses Ziels mit am Ball. Ihre Aktivitäten, Ihre landesweite Projektarbeit sind unverzichtbarer Teil des Lebens in Brandenburg und uns allen sehr wichtig. Ich bin sicher, dass wir unsere konstruktive Zusammenarbeit weiter intensivieren werden und Ihr Gremium mit seinen Organisationen die frauen- und familienpolitischen Vorhaben des Landes kritisch-engagiert begleiten wird. Dafür wünsche ich Ihnen viel Erfolg!

A handwritten signature in black ink that reads "D. Ziegler".

Dagmar Ziegler
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie
des Landes Brandenburg und
Landesgleichstellungsbeauftragte

Grußwort	2
Ministerin Dagmar Ziegler	
Wir über uns	4
Chronik	6
Frauenpolitischer Rat 2002-2007	
Projekte	14
Brandenburgische Frauenwoche	
Professionalisierung der Vereinsarbeit	
Frauen in Gremien	16
Stimmen zum 15-jährigen Jubiläum	21
Eine kritische Bilanz	24
Ausblick	26
Dank	27
Struktur und Arbeitsebenen	28
Vernetzung und Kooperation	
Mitgliedsorganisationen	30
Fördermitgliedschaft	35

Wir über uns

Wer sind wir?

Der Frauenpolitische Rat ist ein unabhängiger, überparteilicher und überkonfessioneller Zusammenschluss von 24 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie von Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien des Landes Brandenburg.

Hervorgegangen aus dem Frauenpolitischen Runden Tisch wurde er im März 1992 gegründet. Als Dachverband vertritt er die Interessen von über 150.000 organisierten Frauen im gesamten Land Brandenburg.

Zweck des Zusammenschlusses ist es, die im Grundgesetz Artikel 3 und in der Landesverfassung Artikel 12 verankerte Gleichberechtigung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern und durchzusetzen.

Was will der Frauenpolitische Rat?

Hauptziel ist, die Interessen der Mitgliedsorganisationen gegenüber Parlamenten, Regierungen, Verwaltungen und anderen Organisationen zu vertreten.

Das bedeutet:

- auf Landes- und auf Bundesebene auf eine Politik und Gesetzgebung der Chancengleichheit von Frauen und Männern hinzuwirken,

- für das Prinzip des Gender-Mainstreaming in Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Kirche und anderen gesellschaftlichen Bereichen einzutreten,

- den Informationsaustausch und die kontinuierliche Kommunikation innerhalb des Verbandes zu fördern und zu unterstützen,

- in Zusammenarbeit mit den Medien frauenspezifische Themen in die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Frauenpolitische Rat tritt ein:

- für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen aller Altersgruppen, jeden Lebensentwurfs und jeder Lebensform,

- für Chancengerechtigkeit von Mädchen und Frauen in Schule, Ausbildung und Beruf,

- für ein gewaltfreies Leben von Frauen und Kindern,

- für neue Modelle der Umverteilung von bezahlter und nichtbezahlter Arbeit,

- für gleiche Chancen und gleichen Einfluss von Frauen im öffentlichen Leben.

Ansprechpartnerinnen



(LISA – DIE LINKE, Brandenburg)

1. Sprecherin
Sabine Stüber



(Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen)

2. Sprecherin
Ulrike Häfner



(Verband alleinerziehender Mütter und Väter)

Finanzverantwortliche Sprecherin
Christine Beu

Wie arbeitet der Frauenpolitische Rat?

Der Frauenpolitische Rat bündelt und kommuniziert Forderungen seiner Mitgliedsorganisationen für eine zukunftsfähige Politik der Gleichstellung und Chancengleichheit von Frauen.

Er versteht sich als aktiver Zusammenschluss und jede der Mitgliedsorganisationen ist verpflichtet, durch inhaltliche Zuarbeiten und Bildung von Arbeitsgruppen die Fach- und Entscheidungskompetenz des Frauenpolitischen Rates insgesamt sachkundig zu erweitern.

Der Rat organisiert Mitgliederversammlungen, frauenpolitische Fachtagungen und Workshops und fördert die Vernetzung seiner Mitgliedsorganisationen durch kontinuierliche Informationsbündelung und –vermittlung.

Wie ist der Frauenpolitische Rat organisiert?

Das oberste Organ ist die Mitgliederversammlung, die öffentlich und mindestens zwei Mal im Jahr tagt. Sie entscheidet über alle grundlegenden Fragen und wählt den Sprecherinnenrat, zu dem fünf Frauen gehören. Dieser bestellt die Geschäftsführerin und gilt gleichzeitig als Vorstand laut § 26 BGB.

Der Sprecherinnenrat steht im kontinuierlichen Austausch mit den Abgeordneten im Landtag, im Bundestag, dem brandenburgischen Familienministerium, den Gleichstellungsbeauftragten auf Landes- und kommunaler Ebene sowie anderen für die Arbeit des Rates maßgeblichen Organisationen. Vertreterinnen des Frauenpolitischen Rates arbeiten in öffentlichen Gremien wie dem rbb-Rundfunkrat und dem Landesschulbeirat mit. Mit den Landesfrauenräten der anderen Bundesländer arbeitet der FrauenPolitische Rat eng zusammen.

Damit der FrauenPolitische Rat als Netzwerk funktioniert, wurde eine eigene Kommunikationsstruktur aufgebaut. Mit Hilfe von monatlichen Rundmails werden die neuesten Ideen, aktuelle Informationen und Beschlüsse weitergeleitet, auf frauenpolitische Aktionen hingewiesen und Probleme zur Diskussion gestellt.

www.frauenrat-brandenburg.de



(DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg)

Sprecherin
Petra Meyer



(LAG der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten)

Sprecherin
Sabina Scheuerer



Geschäftsführerin
Bettina Panser

Chronik

Frauenpolitischer Rat . . . 2002 . . .

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens des Frauenpolitischen Rates erscheint eine Festschrift, die die Entwicklung und die Höhepunkte der ersten Jahre widerspiegelt. Aus diesem Grund beziehen wir uns in der folgenden Chronik schwerpunktmäßig auf das, was danach kommt. Angestrebt wird jedoch keine lückenlose Dokumentation aller Ereignisse, sondern die ausgewählter Höhe- und Schwerpunkte.

2002

In diesem Jahr begeht der Frauenpolitische Rat seinen 10. Geburtstag. „Sie haben eine gewaltige Lobby geschaffen und sehr viel erreicht“, sagt Frauenminister Günter Baaske in seiner Laudatio. Trotzdem, meint der Minister, liegt in der Frauenpolitik noch vieles im Argen: „Wir sind zum Beispiel weit davon entfernt, Gewalt an Frauen wirklich zu ächten.“ Missstände macht auch Wissenschaftsministerin Prof. Johanna Wanka aus, die u. a. die zu geringe Anzahl von Professorinnen an Brandenburgs Hochschulen bemängelt.

Das Jahr 2002 bringt wichtige interne Veränderungen für den Frauenpolitischen Rat. Friederike von Borstel übergibt nach acht Jahren erfolgreicher Leitung die Geschäftsführung an Cornelia Schuster. Der Frauenpolitische Rat arbeitet von nun an mit einem eigenen Leitbild, das in einem mehrjährigen Prozess erarbeitet wurde.

Um die Eigenverantwortung der frauenpolitischen Strukturen im Land zu stärken, ist im vergangenen Jahr die Trägerschaft der Brandenburgischen Frauenwoche (BFW) neu strukturiert worden. Im Ergebnis dieser Umstrukturierung hat ein Beirat aus zehn Vertreterinnen des FPR die landesweite Koordinierung der BFW übernommen.

Die 12. Brandenburgische Frauenwoche findet landesweit unter dem Motto „Unbekannte Schwestern – durchbrechen wir die Mauern des Schweigens“ mit insgesamt ca. 300 Veranstaltungen statt. Realisiert werden dazu außerdem ein Internetauftritt und eine landesweite Pressekonferenz.



Zur Bundestagswahl 2002 erarbeitet und verteilt der FPR unter dem Motto „Frauen entscheiden die Wahlen“ landesweit "Wahlprüfsteine". Auf die Interessen und Bedürfnisse von Frauen zugeschnitten, sind darin Fragen formuliert, mit denen die Politikversprechen der Parteien zur Wahl kritisch beleuchtet werden können. Es geht u.a. um einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen den Geschlechtern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Fragen zu einer Steuer- und Gesundheitsreform sowie um Probleme der Erwerbstätigkeit und Existenzsicherung von Frauen.

In diesem Jahr tritt endlich das Gewaltschutzgesetz in Kraft. Am Internationalen Aktionstag „NEIN zu Gewalt an Frauen“ am 25. November beteiligen sich mehr als 60 Kommunen Brandenburgs. Ministerpräsident Matthias Platzeck hisst die Fahne mit der Aufschrift „Frei leben – ohne Gewalt“ bei der Aktion des FPR vor der Potsdamer Staatskanzlei, in de-



. . . 2003 . . . Frauenpolitischer Rat

ren Anschluss eine Podiumsdiskussion zu diesem Thema und dem ein Jahr zuvor verabschiedeten Landesaktionsplan unter Beteiligung von VertreterInnen verschiedener Ministerien, der Polizei sowie den frauenpolitischen Sprecherinnen von SPD, CDU sowie PDS stattfindet.

Die Regionalstellen „Frauen und Arbeitsmarkt“ feiern in diesem Jahr ebenfalls ihr 10-jähriges Bestehen. Von der Landesregierung gibt es konzeptionelle Überlegungen, deren Profil und Strukturen zu verändern. Der FPR mischt sich aktiv in die Diskussion um die EU-Förderung „Verzahnung und Chancengleichheit“ ein.

2003

Unter dem Motto „Brandenburg bleibt sozial! Gemeinsam gegen Sozialkürzungen“ hat die LIGA der Spitzenverbände bereits im Februar zu einer ersten gemeinsamen Aktion aufgerufen, der in diesem Jahr noch zahlreiche andere folgen werden, an denen insgesamt mehrere tausend Menschen teilnehmen. Der Frauenpolitische Rat protestiert gegen die angekündigten Einsparungen im Landeshaushalt, mit denen drastische Kürzungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sowie im Erziehungs- und Bildungsbereich einhergehen sollen.

Er verabschiedet unter dem Titel „Gleichstellung gibt es nicht zum Nulltarif!“ eine mit seinen Mitgliedsorganisationen gemeinsam erarbeitete Resolution, in der die Entwicklung von konkreten Perspektiven für die Zukunft des Landes Brandenburg durch eine klare Positionierung zum Gender-Mainstreaming als Prinzip des Regierungshandelns verlangt wird. Außerdem wird gefordert, neue politische Strategien zu entwickeln, die der demografischen Entwicklung begegnen. Und erneut wird eine verstärkte Diskussion zwischen Politik, Verwaltung und Akteurinnen der Frauen- und Familienpolitik über deren Strukturen und Perspektiven angemahnt.

Im Zuge der „Rotstiftaktionen“ im Land Brandenburg schlägt die Landesregierung gravierende Änderungen – die Rede ist von 60 Millionen Euro Kürzungen - an der Qualität der Erziehungs- und Bildungsarbeit vor. Das Aktionsbündnis „Für unsere Kinder“, dem der FPR angehört, ruft im April unter dem Motto „Hände weg vom Kita-Gesetz!“ ge-



meinsam mit Gewerkschaften, Parteien, Wohlfahrtsorganisationen u.a. landesweit zur Protestdemonstration in Potsdam am Alten Markt auf. Die Forderungen sind: Keine weitere Einschränkung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz, keine höheren Elternbeiträge, keine Verschlechterungen des Kita-Standards sowie Erhalt wohnortnaher Kitas und Schulen.

Die landesweiten Protestaktionen im ersten Quartal 2003 bewirken, dass in 3. Lesung des Haushaltänderungsgesetzes die Kürzungen gemindert werden. Die Frauenhäuser des Landes Brandenburg sind in diesem Jahr dem Rotstift noch einmal buchstäblich „von der Schippe gesprungen“. Doch es gibt andere gravierende Einschnitte: Die Koordinierungsstelle des Netzwerkes Brandenburgischer Frauenhäuser wird ersatzlos gestrichen und es steht fest, dass die Landesförderung der Frauenzentren Mitte des Jahres auslaufen wird. Weitere Anzeichen der Bedrohung des landesweiten frauenpolitischen Netzwerkes sind auch daran abzulesen, dass der Mädchen-Projekte-Tag erstmalig seit neun Jahren nicht Bestandteil der Brandenburgischen Frauenwoche ist und seitdem ebenfalls ersatzlos wegfällt.

In den Mitgliederversammlungen des Frauenpolitischen Rates werden u.a. eine Stellungnahme zum Irak-Krieg verfasst und eine Satzungsänderung verabschiedet, die die Öffnung des Vereins für Fördermitglieder beinhaltet.

Chronik

Frauenpolitischer Rat . . . 2004 . . .

2004

Von den finanziellen Kürzungen bleibt auch die Geschäftsstelle des FPR nicht verschont, nach Streichung der 0,5 Personalstelle arbeitet die Geschäftsführerin von nun an allein. Nach dem Ausscheiden von Cornelia Schuster übernimmt Bettina Panser die Geschäftsführung des Vereins.

Im Rahmen der 14. Brandenburgischen Frauenwoche findet ein Frauenplenum unter dem Titel „FrauenLand Brandenburg?!“ statt. Mehr als 100 TeilnehmerInnen verfolgen im Potsdamer Alten Rathaus eine Diskussion mit Ministerpräsident Matthias Platzeck, der vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, sinkenden Geburtenraten, schlechten Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt sowie der fortgesetzten Sparpolitik ebenfalls „keine Patentrezepte“ anzubieten hat.

Im Frühjahr finden außerdem zwei Anhörungen statt, die Vertreterinnen des Frauenpolitischen Rates wahrnehmen. Im Landtagsausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen gibt es eine Anhörung zur Gleichstellungspolitik in Brandenburg, zur Umsetzung des Prinzips Gender-Mainstreaming sowie zu den Auswirkungen der Mittelkürzungen bei der Förderung frauenpolitischer Strukturen. Im Landtagsausschuss für Inneres nimmt der Frauenpolitische Rat gemeinsam mit dem Netzwerk der Brandenburgischen Frauenhäuser Stellung zum Entwurf des Brandenburgischen Polizeigesetzes.

Im Juni beschließt das Kabinett die Gründung eines Landesbeirates für Familienpolitik. Erst nach seiner Interventi-

on erhält auch der FPR Sitz und Stimme. Die Vorsitzende des Brandenburger Landfrauenverbandes Jutta Quoos übernimmt dessen Vertretung.

2004 ist auch Wahljahr – Europa- und Landtagswahlen stehen ins Haus. Zu den Landtagswahlen wird eine Arbeitsgruppe Wahlen mit den Arbeitsschwerpunkten Erarbeitung eines Fragenkatalogs für die WählerInnen sowie der Erstellung eines Forderungskataloges „Hausaufgaben für die Landesregierung“ gebildet. Der FPR lädt die Landtagsspitzenkandidatinnen der Parteien außerdem zu einer politischen Fragestunde unter dem Titel „5 vor 12“ und einem Büfett - bestehend aus Wasser und Brot - ein. Zur Wahl des Bundespräsidenten wird ein Positionspapier erstellt und ein Aufruf an die Brandenburger Delegierten zur Bundesversammlung verfasst.

Die negativen Auswirkungen und bis dahin schon absehbaren Folgen der Arbeitsmarktreformen Hartz I-IV für Frauen werden bereits im Oktober vom FPR in einem Positionspapier aufgelistet. Gefordert wird u. a. dass erwerbslose Frauen, die kein ALG II beziehen die gleichen Chancen für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt wie Leistungsbezieherinnen erhalten und dass das Selbstbestimmungsrecht aller Personen einer Bedarfsgemeinschaft gesichert ist.

Angesichts der weiterhin angespannten Haushaltssituation soll die Verwaltung in der gesamten Landesregierung deutlich verkleinert werden. Für das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen sieht der Koalitionsvertrag



. . . 2004 . . . 2005 . . . Frauenpolitischer Rat



vor, dass von den bestehenden fünf Abteilungen künftig eine wegfallen soll. Die Aufgaben der bisherigen Abteilung für Gleichstellung, Frauen und Familie sollen in vollem Umfang in den Fachabteilungen des MASGF fortgeführt werden. Ministerin Dagmar Ziegler wird selbst Landesgleichstellungsbeauftragte. Damit gerät sie nicht nur in die Kritik des FPR, der, wie die Vertreterinnen von Parteien und Frauenorganisationen fordert, dass die Gleichstellungsbeauftragte von der Landesregierung unabhängig sein müsse. Auch eine Protestaktion gegen die Umbenennung des Ministeriums von „Frauen“ zu „Familie“ wird initiiert.

In diesem Jahr findet die traditionelle Fahnenaktion „Frei leben ohne Gewalt“ vor dem Landtag mit dessen neu gewähltem Präsidenten Gunter Fritsch, Ministerin Dagmar Ziegler sowie unter Beteiligung zahlreicher Abgeordneter statt.

Deutlich und kritisch sind auch die Anmerkungen zur Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU für die Wahlperiode 2004 bis 2009. Der FPR fordert entscheidende Nachbesserungen beim Thema Gender-Mainstreaming sowie im Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und nicht zuletzt die Einführung des Gender Budgeting.

2005

Zum Auftakt der 15. Brandenburgischen Frauenwoche unter dem Motto „Junges Gemüse und altes Eisen“ fordert Sozialministerin Dagmar Ziegler: „Frauen brauchen Perspektiven im Land, und zwar als Arbeitskraft und als Mutter“. Die besorgniserregende demografische Entwicklung Brandenburgs – von 1997 bis 2002 verließen mehr als 21.000 junge Frauen das Land – ist das politische Thema des Jahres 2005.

Die Stellungnahme des Frauenpolitischen Rates zum 2. Bericht der Landesregierung „Demografischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft“ weist nachdrücklich auf die Schwachpunkte in der Analyse der Landesregierung hin: Der Bericht berücksichtigt die Kategorie „Geschlecht“ und geschlechtsspezifische Unterscheidungen nur ungenügend. Er verfestigt veraltete Auffassungen zur Rolle der Frau in der Gesellschaft und bestärkt „Normalitätsvorstellungen“, die nachweislich zur Benachteiligung von Mädchen und Frauen beitragen. Inhalte, Aufgaben und Leistungsprofile gegenwärtiger sowie künftiger Mädchen- und Frauenpolitik werden gänzlich ausgeblendet. Mädchen und Frauen, sofern sie Erwähnung finden, werden in der Gesamttendenz als Zielgruppe familienpolitischer Handlungsansätze benannt und damit faktisch auf „ihre“ reproduktive Funktion reduziert.

In diesem Jahr wird die Umstrukturierung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie abgeschlossen. Auf Einladung der Sprecherinnen des FPR findet mit der Ministerin und den frauenpolitischen Sprecherinnen der demokratischen Landtagsfraktionen ein gemeinsames Gespräch statt, in dem Dagmar Ziegler die neue Struktur des Ministeriums vorstellt und versichert, dass keine der Aufgaben der bisherigen Abteilung Gleichstellung, Frauen, Familie wegfallen werde. Eine Stabsstelle für Gleichstellungs- und Frauenpolitik wird installiert, eine Koordinatorin für Antidiskriminierungsfragen benannt.

2005 stehen Wahlen zum Deutschen Bundestag ins Haus. Der FPR erarbeitet und verschickt einen Offenen Brief an die Brandenburger KandidatInnen, in dem diese die Möglichkeit haben, ihre Positionen zu speziellen Fragen der Frauen- und Gleichstellungspolitik darzustellen und auf diese Weise mit den WählerInnen in Kontakt zu treten. Die einge-

Chronik

Frauenpolitischer Rat . . . 2005 . . . 2006 . . .

gangenen Antworten werden vom FPR in Rundmails und im Internet veröffentlicht und neben dem Aufruf zur Wahlbeteiligung wird der Fragenkatalog „Frauen sind wählerisch“ erarbeitet und landesweit verschickt.

Die Landesregierung verabschiedet das Maßnahmenpaket „Familien und Kinder haben Vorrang“, welches keine Aussagen zur Frauenpolitik und Frauenförderung enthält und das Prinzip des Gender-Mainstreaming nicht berücksichtigt, kritisiert der FPR in einer Stellungnahme. Zum Jahresende wird erneut auf die prekäre finanzielle Situation der 18 Frauenhäuser in Brandenburg hingewiesen, die vom Land pauschal jeweils 50.000 Euro jährlich erhalten und den Fehlbedarf mit hohem Zeitaufwand, der neben der eigentlichen Arbeit anfällt, von den Kommunen beschaffen müssen.

Zur weiteren Entwicklung und Professionalisierung der Verbandsarbeit werden deren Stärken und Schwächen im Rahmen einer Mitgliederversammlung analysiert und neue Arbeitsschwerpunkte festgelegt. Zahlreiche Ideen in Bezug auf die Informationsvermittlung, die Entwicklung von Fortbildungsangeboten für die Mitgliedsorganisationen sowie zur stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit für frauenpolitische Themen finden Eingang in die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte.



2006

Zur weiteren Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit der Brandenburgischen Frauenwoche wird ein Plakatwettbewerb initiiert, der die Idee eines von nun an landesweit einsetzbaren Rahmenplakates umsetzt. Um die Verbandsarbeit insgesamt zu stärken und weiterzuentwickeln, wird als Fortbildungsangebot für die Mitgliedsorganisationen des FPR eine Seminarreihe zum Thema „Fundraising“ entwickelt und im Zeitraum von Februar bis Juli durchgeführt.

Landesgleichstellungsbeauftragte und Familienministerin Dagmar Ziegler spricht im Rahmen der ersten Mitgliederversammlung gleich zu Beginn des Jahres über die Entwicklung und die Perspektiven der Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Landesregierung während der Legislaturperiode 2004 bis 2009. Zur Diskussion kommen außerdem der Stand der Einführung und Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der Landesregierung sowie der 4. Landesgleichstellungsbericht.

Das Thema Frauenhandel und Zwangsprostitution steht im Jahr der Fußballweltmeisterschaft weit oben auf der Agenda von Frauenverbänden. Ein Offener Brief des FrauenProjekteGipfels sowie eine weiterreichende Initiative des Deutschen Frauenrates, die sich gegen Frauenhandel und Zwangsprostitution, vor allem auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden WM in Deutschland wenden und die Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu die-



... 2006 . . . Frauenpolitischer Rat

sem Thema fordern, werden auch vom FPR unterstützt. Vor allem Fans, ZuschauerInnen und OrganisatorInnen muss klar werden, dass es sich dabei um eine schwere Menschenrechtsverletzung handelt.

Im August wird zum gleichen Thema in Potsdam durch den FPR in der Friedrich-Naumann-Stiftung die Ausstellung „Ohne Glanz und Glamour – Prostitution und Frauenhandel im Zeitalter der Globalisierung“ eröffnet. Außerdem findet auf Initiative des FPR ein Fachseminar zum Thema „Frauenhandel und Zwangsprostitution“ statt, an dem mehr als 100 MultiplikatorInnen teilnehmen.

Auch das Thema Gewalt gegen Frauen steht im Land Brandenburg nach wie vor auf der Tagesordnung. Am 25. November, dem alljährlichen Gedenktag gegen Gewalt an Frauen, finden landesweit wieder zahlreiche Fahnenaktionen und Veranstaltungen, die insbesondere durch die Frauenhausmitarbeiterinnen und die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten organisiert und durch den FPR gebündelt und für die Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.

dert werden muss. Der FPR hält eine Regelung zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft in Verknüpfung mit der öffentlichen Auftragsvergabe für notwendig und begrüßt die Überprüfung der seit 1996 bestehenden Frauenförderverordnung im Hinblick auf ihre Wirksamkeit. Aus Sicht des FPR ist eine Erweiterung um Kriterien wie Verpflichtung der Unternehmen zur Erstellung und Umsetzung von Frauenförderplänen beziehungsweise von Maßnahmen zur Frauenförderung und auch zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit notwendig.



Stellungnahmen zu den Leitlinien der Seniorenpolitik und zur Frauenförderverordnung des Landes Brandenburg zeigen wiederum kritisch auf, was in diesen Bereichen geän-

Chronik

Frauenpolitischer Rat . . . 2007 . . .

2007

„Es gibt in Brandenburg kein frauen- und gleichstellungspolitisches Programm“ und „wir sehen es kritisch, dass Familienpolitik derzeit nur aus dem demografischen Blickwinkel betrachtet wird“. Mit diesen Äußerungen wird gleich zu Beginn dieses Jahres Klartext im Hinblick auf die brandenburgische Familienpolitik geredet. Der Frauenpolitische Rat ist im 15. Jahr seines Bestehens kämpferisch wie eh und je.

Im „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ steht die 17. Brandenburgische Frauenwoche unter dem Motto „Macht Chancen gleich!“. Mit einer Rekordzahl von mehr als 350 Veranstaltungen und Aktionen im gesamten Land Brandenburg ist sie überaus erfolgreich. Möglichkeiten des Abbaus von Benachteiligungen werden dabei genauso reflektiert, wie auch neue Ideen und Wege zur Verwirklichung von mehr Chancengerechtigkeit für Mädchen und Frauen zur Diskussion kommen.

Im April wird der Frauenpolitische Rat im Landtagsausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie zu seiner Arbeit angehört und mahnt u. a. wiederholt zur Umsetzung des Prinzips Gender-Mainstreaming in der Landesverwaltung.

In einer Stellungnahme zum Thema „Anonyme Geburt“ fordert der FPR die Stabilisierung und Investitionen in die Qualität bestehender Unterstützungs- und Hilfsangebote für werdende Mütter. Ein sensibler und professioneller Umgang mit Frauen, die durch eine Schwangerschaft in einer Notsituation sind, ist dabei genauso wichtig wie die bedingungslose Übernahme der Kosten bei der Betreuung von Schwangeren und Entbindenden. Vor dem Hintergrund, dass sich im Flächenland Brandenburg insbesondere die Zahl der Minderjährigenschwangerschaften erhöht, spricht sich der FPR dafür aus, die sexualpädagogischen Maßnahmen der Beratungsstellen auszuweiten und präventive, niedrigschwellige Angebote den regional sehr unterschiedlichen Bedarfslagen anzupassen.

Auch der Gesetzentwurf zum Schwangerschaftskonfliktgesetz der Landesregierung wird auf Herz und Nieren geprüft und „in einem Land, welches sich zum Ziel gesetzt hat, zu einer der kinder- und familienfreundlichsten Regionen in Europa zu werden“, sollten sich nach Ansicht des FPR Angebotsstrukturen und Kennziffern nach den Bedürfnissen der dort lebenden Frauen und Familien richten.





Die Kita-Gesetz-Novelle wird als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, gleichzeitig weist der FPR darauf hin, dass sowohl der Personalschlüssel in den Kitas als auch die Qualifizierung des ErzieherInnenberufs erhöht werden muss, um dem Anliegen der Gesetzesnovellierung wirklich zu entsprechen.

Im 15. Jahr seines Bestehens findet im Juni erstmalig ein Sommerfest statt, bei dem Frauen der Mitgliedsorganisationen, Fördermitglieder und Gäste gemeinsam in Potsdam diskutieren.

Als Mitglied im Gemeinsamen Begleitausschuss zum Operationellen Programm EFRE - Europäischer Fonds für Regionalentwicklung, ESF - Europäischer Sozialfonds und ELER - Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes in der EU-Förderperiode 2007-2013 erhält der FPR als Wirtschafts- und Sozialpartner Stimmrecht.

In der Mitgliederversammlung im September mit dem Schwerpunkt Organisationsentwicklung geht es in einem Selbstvergewisserungsprozess darum, kritisch die eigenen Ziele und die Wege zu ihrer Verwirklichung zu reflektieren sowie Perspektiven für die Zukunft aufzuzeigen.



Projekte

Brandenburgische Frauenwoche



Die Brandenburgische Frauenwoche (BFW) wird seit 1990 jährlich veranstaltet und bildet einen besonders öffentlichkeitswirksamen Höhepunkt in der Arbeit des Frauenpolitischen Rates. Sie wird um den Internationalen Frauentag herum ausgerichtet und schließt den Weltgebetstag mit ein. Die Frauenwoche ist nach wie vor einzigartig in Deutschland und darüber hinaus seit 17 Jahren ein wichtiges und notwendiges frauenpolitisches Instrument.

Insbesondere auf kommunaler Ebene dient sie der Sensibilisierung für frauen- und gleichstellungspolitische Themen und der Kommunikation zwischen MultiplikatorInnen und an Frauenthemen Interessierten. Organisiert werden die vielfältigen Veranstaltungen - wie Diskussionsforen, Fachkonferenzen, Workshops, Ausstellungen oder interkulturelle Begegnungen - von den kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und frauenpolitisch Aktiven aus Verbänden, Vereinen, Gewerkschaften, Parteien und der Kirche.

Die Verantwortung für die landesweite Organisation, Vorgabe des Mottos, des Veranstaltungszeitraumes sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln für die Landkreise und kreis-

freien Städte obliegt in den ersten Jahren dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Frauen. Um die Eigenverantwortung der frauenpolitischen Strukturen im Land zu stärken, wird die Trägerschaft der Brandenburgischen Frauenwoche 2001 neu strukturiert. Im Ergebnis dieser Umstrukturierung hat der Frauenpolitische Rat die landesweite Koordinierung der BFW übernommen.

Am 12. Juli 2001 wird der Beirat „Brandenburgische Frauenwoche“ gegründet. Zum Beirat gehören insgesamt 10 Vertreterinnen der Mitgliedsorganisationen und von Kooperationspartnerinnen. Der Beirat, der sowohl die Veranstaltungen im ganzen Land Brandenburg koordiniert, stellt auch die landesweite Öffentlichkeitsarbeit sicher und die Vernetzung der Multiplikatorinnen her. Außerdem hat er beratende Funktion bei der Vergabe von Finanzmitteln des Landes für die Veranstaltungen im Rahmen der BFW.

2003 wird ein Fragebogen eingeführt, der seitdem jedes Jahr weiterentwickelt und zur Auswertung der Veranstaltungen herangezogen wird. Seit 2004 findet die landesweite Auftaktveranstaltung der BFW in der Landeshauptstadt Potsdam statt und seit vier Jahren wird vom Frauenpolitischen Rat eine Dokumentation dieser und weiterer ausgewählter Veranstaltungen erarbeitet und herausgegeben. Zur Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit wird 2005 die Idee eines landesweit einsetzbaren Rahmenplakats geboren. Im Ergebnis des daraufhin gemeinsam mit der GEDOK Brandenburg ausgerufenen Wettbewerbs entsteht ein Plakat, welches von nun an von allen Veranstalterinnen im Rahmen der Frauenwoche genutzt werden kann.



Unter diesen Themenschwerpunkten hat die Frauenwoche in den letzten fünf Jahren stattgefunden:

2002

**Unbekannte Schwestern –
durchbrechen wir die Mauern des Schweigens**

2003

**UnErhörte Weiblichkeit –
Unsere Stärke ist die Zukunft**

2004

FrauenLand Brandenburg?!

2005

**junges Gemüse und altes Eisen –
Frauen im Wandel der Generationen**

2006

**Mit Recht und Courage –
Frauenrechte zwischen Anspruch und Wirklichkeit**

2007

Macht Chancen gleich!

Insgesamt finden im Rahmen der Brandenburgischen Frauenwoche seit 2002 mehr als 1.500 Veranstaltungen in den Landkreisen und kreisfreien Städten statt, die von über 60.000 TeilnehmerInnen besucht werden.

Das Motto für die kommende 18. Brandenburgische Frauenwoche lautet:

**FrauenStärken leben –
mit Vielfalt und Beteiligung Zukunft gestalten**

Den Rahmen für diese Frauenwoche bilden das für 2008 durch das Europäische Parlament ausgerufene „Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs“ sowie die in Brandenburg stattfindenden Kommunalwahlen. Die landesweite Auftaktveranstaltung wird am 6. März 2008 in Potsdam stattfinden.

Professionalisierung der Vereinsarbeit

Zur Projektarbeit des FPR, der sich als aktiver Zusammenschluss und als lernende Organisation versteht, gehört die Initiierung und Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für die mehr als 20 Mitgliedsorganisationen. Der FPR unterstützt damit auch die Implementierung von Qualitätsmanagement.

Im Rahmen einer Lokalen Initiative werden mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds im Jahr 2004 Fortbildungsveranstaltungen für Geschäftsführerinnen und Vorstandsmitglieder der Mitgliedsorganisationen zu den Themen Arbeits- und Steuerrecht für Vereine durchgeführt.

Im Jahr 2006 hat für die Vorstandsfrauen, die Geschäftsführerinnen und Mitarbeiterinnen aus gemeinnützigen Organisationen eine 6-teilige Fortbildungsreihe zum Thema Fundraising stattgefunden. Fundraising als langfristige

strategische Leitungsaufgabe gewinnt auch aufgrund der immer geringer werdenden öffentlichen Förderung zunehmend an Bedeutung für die Fortsetzung und die Professionalisierung von Vereinsarbeit. Die Teilnehmerinnen lernen während der ganztägigen Seminare die grundlegenden Methoden kennen und werden bei der Erarbeitung des richtigen Fundraising-Mix für die eigene Organisation beraten und unterstützt.

Im Jubiläumsjahr wird außerdem ein Projekt zur weiteren Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit des Frauenpolitischen Rates realisiert.

Frauen in Gremien

Frauen stark machen gegen Gewalt - Heiderose Gerber

In der Wendezeit hat sie eine Chance ergriffen: Auf einmal trafen sich viele Frauen und redeten miteinander. Das war etwas, was sie zu DDR-Zeiten immer vermisst hatte. Genauso wie Solidarität unter Frauen. Kurz darauf fand sie eine Aufgabe in der Arbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und sich selbst, nachdem ihr als künstlerische Mitarbeiterin bei der ehemaligen DEFA gekündigt worden war, wenig später auf einer ABM-Stelle im Autonomen Frauenzentrum in Potsdam wieder.

Als dessen Geschäftsführerin ist sie mit dem Thema Gewalt gegen Frauen beinahe täglich konfrontiert. Da liegt es nahe, dass sie im FPR als Vertreterin der LAG der Frauenzentren im Land Brandenburg als Fachfrau ihre Kompetenzen genau zu diesem Thema einbringt. Der Beirat zur Hilfe für Opfer von Menschenhandel und sexualisierter Gewalt wurde vor sieben Jahren in Brandenburg gegründet. Er hat zum Ziel, durch gesellschaftliche und politische Einflussnahme dazu beizutragen, für Brandenburg verbesserte Verfahrensweisen zum Schutz der Opfer von Menschenhandel zu entwickeln und die Kooperation zwischen allen Einrichtungen und Institutionen zu verbessern, die sich mit dieser Problematik befassen. Dass die Beratungsstelle „Bella Donna“ in Frankfurt (Oder) seit fast fünf Jahren gesichert arbeiten kann, ist dabei ein Teilerfolg. Dazu gehört auch, dass der Beirat auf Initiative des FPR seit 2006 direkt bei der Integrationsbeauftragten des Landes angebunden ist.

Vier Jahre vorher trat das Gewaltschutzgesetz in Kraft. Es ermöglicht der Polizei seitdem, einen gewalttätigen Ehemann oder Partner bis zu 10 Tage aus der gemeinsamen Wohnung zu verweisen. Und obwohl „das Gesetz ein Riesenfortschritt ist“, zeigen sich in der Praxis immer wieder auch seine Schwachpunkte. Heiderose Gerber wünscht sich, in Brandenburg langfristig, ähnlich wie in den USA oder in Österreich, sogenannte Täterprogramme einzuführen.

Darüber hinaus ist es ihr ungemein wichtig, Frauen - gerade auch die mit Migrationshintergrund - über ihre Rechte zu informieren und sie dabei zu unterstützen, diese auch einzuklagen. Denn noch viel zu oft ziehen sie als Opfer männlicher Gewalt ihre Anzeigen zurück, scheuen die direkte Konfrontation mit dem Täter. „Frauen stark machen“ ist daher ein grundlegendes Arbeitsmotiv der 49-Jährigen und dabei ist die Vernetzung verschiedener Ämter, Gremien und Institutionen nötig. Die Zusammenarbeit mit den Jugendämtern – „beim Thema Gewalt haben die einen anderen Fokus“ – zu verbessern, ist in ihren Augen ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.



Jahrgang 1958

Film- und Fernsehwissenschaftlerin

Seit 1991 Geschäftsführerin des Autonomen Frauenzentrums Potsdam

Für den FPR aktiv im Beirat zur Hilfe für Opfer von

Menschenhandel und

sexualisierter Gewalt sowie

im Begleitgremium zum

Aktionsplan der

Landesregierung zur

Bekämpfung von Gewalt

gegen Frauen

Ein starkes Netzwerk kann viel erreichen - Christine Beu



*Jahrgang 1953
Ausgebildete Unterstufenlehrerin
Arbeitet seit 1997 als Geschäftsführerin beim Verband
alleinerziehender Mütter und Väter, Land Brandenburg e.V.
Seit 2005 Vertreterin im Landesbeirat für Familienpolitik*

Vor zehn Jahren wurde sie Geschäftsführerin beim Verband alleinerziehender Mütter und Väter und genau zur selben Zeit hatte sie das erste Mal Kontakt mit dem Frauenpolitischen Rat. „Ich war überrascht, was es alles für Frauenverbände gibt“, stellte sie gleich auf der ersten Mitgliederversammlung fest und „dass die Fraueninitiativen und ihr Engagement ganz anders als zu DDR-Zeiten waren“.

Bereits ein Jahr später kandidierte sie für den Sprecherinnenrat, wurde gewählt und inzwischen sind daraus vier Wahlperioden im Frauenpolitischen Rat geworden. Eigentlich engagiert sie sich für Familienpolitik, was sich aus ih-

rer beruflichen Tätigkeit ergibt. Doch dass sowohl Familienpolitik als auch Frauen- und Gleichstellungspolitik Querschnittsaufgaben sind, bemerkte sie nicht nur bei ihrer Arbeit im FPR. Die gebürtige Mecklenburgerin, die lange Zeit in Berlin lebte und arbeitete, sucht sich seitdem viele Verbündete in den verschiedenen Frauenverbänden in Brandenburg und setzt sich mit ihnen gemeinsam für die Interessen Alleinerziehender ein.

Vor zwei Jahren verabschiedete die Brandenburgische Landesregierung das Programm „Familie und Kinder haben Vorrang!“. Christine Beu wurde als Vertreterin der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände in den Landesbeirat für Familienpolitik berufen. Der Frauenpolitische Rat erhielt erst nach Intervention des Sprecherinnenrates beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Sitz und Stimme. Trotz ihrer „Doppelrolle“ oder gerade deswegen setzt sich Christine Beu bewusst und verstärkt für Frauenpolitik ein. Die Interessenvertretung für Frauen, wenn es um Gleichstellung und Chancengleichheit geht, und für Familien wahrzunehmen, ist für sie kein Widerspruch.

Ein großer politischer Erfolg für sie war beispielsweise der Erhalt der Steuerklasse II für Alleinerziehende. Die Bundesregierung hatte geplant, ihnen ab 2006 die Steuerklasse I zuzuordnen, sie also zu besteuern wie Alleinstehende ohne Kinder. Bereits im Jahr 2002 legten 97 betroffene Mütter und Väter Verfassungsbeschwerden in Karlsruhe ein. Im Jahr 2003 begann, initiiert durch den VAMV - Bundesverband gemeinsam mit den Landesverbänden, eine bundesweite Protestaktion. Dem Protest schlossen sich viele Verbündete an, die Christine Beu auch in den Mitgliedsorganisationen des Frauenpolitischen Rates gefunden hat.

Nicht nur solche Aktionen zeigen, dass ein starkes Netzwerk viel erreichen kann. Als ein solches nimmt Christine Beu den Frauenpolitischen Rat wahr, dessen Arbeit sich in den letzten Jahren weiter professionalisiert hat und für den sie eine institutionelle Förderung für wünschenswert hält. Und noch einen Wunsch hat die 54-Jährige: Mehr junge Frauen sollen sich frauenpolitisch zu Wort melden und engagieren. „In den Verbänden sind die sicher da“, aber es scheint nicht so einfach zu sein, die „Töchtergeneration“ zu erreichen und zu mobilisieren.

Frauen in Gremien

Steter Tropfen höhlt den Stein – Sabine Staeck-Freytag

Das Thema „Gleichstellung“ durchzieht wie ein roter Faden ihr eigenes Leben. Bereits als 10-Jährige erlebte sie nach einem schweren Unfall, wie in unserer Gesellschaft Ausgrenzung und Diskriminierung „funktionieren“. Seitdem sie am eigenen Leib gespürt hat, „was Zwang ist“, kann sie „nicht mehr in der Ecke sitzen“ und versucht, „für andere Diskriminierungen zu verhindern“. Egal, ob sie Kinder oder Frauen, ob sie behindert oder auf andere Art benachteiligt sind.

Dieses Bekenntnis durchzieht auch das gesellschaftliche Engagement der 48-Jährigen, die inzwischen selbst erwerbsunfähig ist, im Landesschulbeirat, dem sie als Vertreterin des FPR seit 2003 angehört. Schon seit mehr als 30 Jahren beschäftigt sie das Thema Bildung und Erziehung: Zuerst, als sie im Westen für Kindergartenplätze für die Kinder von Studenten und Studentinnen kämpfen musste und nun, seit sie in Brandenburg den Umbau und die Reformen des hiesigen Bildungssystems mit wachsamen und kritischen Augen begleitet.

In diesem Prozess, der vor 17 Jahren begann und noch lange nicht abgeschlossen sein wird, ist das Thema Gleichstellung nach wie vor ein „Nischenprogramm“. Aber eines mit „durchschlagender“ Wirkung. Sabine Staeck-Freytag hat sich schon vor Jahren Gedanken zur Benachteiligung von Jungen in unserem Bildungssystem gemacht. Und erst jetzt, wo offensichtlich ist, dass diese nach der Grundschule gnadenlos aussortiert werden, beginnt man, z. B. die Benotungen bei Vergleichsarbeiten geschlechterdifferenziert zu betrachten. Bei den Verhandlungen zu den in Brandenburg neu eingeführten Bewertungen des Arbeits- und Sozialverhaltens „bot sie sich als Vehikel an, um den letztlich erreichten Kompromiss durchzusetzen“. Das kann sie, weil es ihr parteienübergreifend um die Sache ging.

Die Mutter zweier Söhne und einer Tochter „lässt auch keine Ruhe“, wenn es darum geht, Schulgesetze und –verordnungen auf diskriminierende Wirkungen durchzusehen, diese aufzuzeigen und Änderungen anzumahnen. Erfreulicherweise ist in ihren Augen in den letzten Jahren die Sensibilität des Bildungsministeriums und einiger Schulämter in Sachen Gleichstellung gewachsen, vor allem auch im Hinblick auf die Gruppen der lern- und körperbehinderten Schüler und Schülerinnen.



Jahrgang 1959

*Studium der Politikwissenschaft, Pädagogik und Soziologie
Jetzt EU-Rentnerin, seit 2003 für die Liberalen Frauen im FPR
und Mitglied im Landesschulbeirat*

Für die Arbeit des FPR wünscht sie sich, dass mithilfe von Projektgruppen z. B. das Thema Bildung „durchdekliniert“ wird und ein Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsorganisationen stattfindet, um das Problembewusstsein aller zu schärfen. Dabei könnte dann nicht nur an diesem gesellschaftlich relevanten Thema sehr konkret gearbeitet, sondern auch die Strukturentwicklung des FPR weiter vorangetrieben werden. Im Hinblick auf zukünftige gleichstellungspolitische Entwicklungen sieht Sabine Staeck-Freytag ein frauenpolitisches Netzwerk als wichtige Errungenschaft an, „die in Zukunft nicht überflüssig, sondern eher noch wichtiger als jetzt sein wird“.

Frauen sind stark auf dem Vormarsch - Friederike von Borstel

Nach acht Jahren als hauptamtliche Geschäftsführerin des FPR war es für Friederike von Borstel an der Zeit, beruflich wieder etwas Neues zu beginnen. Vor fünf Jahren war das und nach einer kurzen intensiven Elternzeit begann sie eine Ausbildung als Fundraiserin. Doch der berufliche Wiedereinstieg gestaltete sich alles andere als leicht. Neben verschiedenen freiberuflichen Tätigkeiten – „die Perspektive Selbstständigkeit steht noch“ – begann sie sich als Vertreterin des FPR ehrenamtlich im Rundfunkrat des rbb zu engagieren.

Sie wollte nach ihrem Ausscheiden aus der Geschäftsführung „noch etwas tun“, vor allem, weil sie selbst die Kooperationsvereinbarung mit dem Landesfrauenrat Berlin 2001 mit auf den Weg gebracht hatte. Ihre persönliche Intention, sich gerade für dieses Projekt, das Vorzeigecharakter für die Länderfusion hat, stark zu machen, hat nicht nur damit zu tun, dass sie eine Befürworterin dieser ist, sondern dass sie sich gerade mit ihrer westdeutschen und Nachwendebiographie in einer „Mittlerfunktion“ sieht. Und genau diese Rolle nahm sie auch ein, als es darum ging, die erste Frau an die Spitze einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt zu wählen.

In den letzten vier Jahren im Rundfunkrat war es aus ihrer Sicht enorm wichtig, „manchmal schwierige Konstellationen zu begleiten, Prozesse zu entschärfen und zu moderie-

ren“. „Ich bin da frauenpolitisch nicht offensiv gewesen“, sagt sie heute. Sie sah es als wesentlicher an, „konsequente Netzwerkarbeit von Frauen und Männern“ zu befördern und zu organisieren. Und: „es ist sehr zeitintensiv, kleine Dinge voranzubringen“. Mittlerweile gibt es die zweite Intendantin bei den ARD-Anstalten und auch im rbb „sind Frauen stark auf dem Vormarsch“. Das ist ein Riesenerfolg und in der inzwischen eingetretenen Konsolidierungsphase ist es die Aufgabe ihrer Nachfolgerin im Rundfunkrat, eine nachhaltige Frauenpolitik zu betreiben.

Für die Zukunft des FPR wünscht sich die 49-Jährige, „dass sich dieser eigenständig und anders aufstellt“. Denn mit Sorge betrachtet Friederike von Borstel die Entwicklungen der letzten Jahre – dass die Landesregierung stärker als vorher Einfluss auf die Inhalte und Ziele der Arbeit des FPR und auch anderer Verbände nimmt. „Das sei ein sehr schwieriger Spagat“ und in den Anfangszeiten „konnten wir unsere Interessen offensiver nach außen vertreten.“ Einer Neuausrichtung des Verbandes – „die politische Arbeit muss von den Mitgliedsorganisationen in die Hand genommen werden“ - sieht sie optimistisch entgegen, denn wenn frau die „Organisationsaufgaben schlanker verteilt“, dann kann über „Projektförderung und andere Strukturen“ ein schlagkräftiges Frauennetzwerk aufgebaut und etabliert werden. Das sei zwar „eine bittere Pille“. Aber: „jede Krise bietet auch neue Chancen.“

Jahrgang 1958

*Diplom-Ökotrophologin, arbeitet als Koordinatorin für bürgerschaftliches Engagement
in der Gesundheitsvorsorge und Prävention beim Diakonischen Werk
Von 1995 bis 2002 Geschäftsführerin des FPR
Jetzt vom Rundfunkrat in den Verwaltungsrat des rbb gewählt*



Frauen in Gremien

Gleichstellungspolitik geht nur miteinander - Sabine Stüber

Sie hatte gerade wieder so ein „Aha“-Erlebnis, als sie vor kurzem Besuch von „ihrem“ Arbeitsamtsdirektor bekam. Der fühlte sich ziemlich verunsichert, als er im Büro ein Plakat mit der Aufschrift „Frauen gehört die halbe Welt“ entdeckte. Und daraufhin erschrocken fragte: "Und wo bleiben wir?" Verunsicherung, Ignoranz und Abwehr spürt sie schon ziemlich oft, wenn sie frauenpolitisch unterwegs ist. Egal, ob sie sich gleich nach der Wende für das Thema „Frauen und Arbeitsmarkt“ engagierte oder seit ihrer Ausbildung als Gendertrainerin mit dieser Problematik den „Leuten auf die Nerven geht“.

Aber Sabine Stüber, die sich schon zu DDR-Zeiten ganz praktisch – sie war Vorsitzende der Frauenkommission ihres Betriebes - mit Frauenpolitik befasste, hat gelernt, zu kämpfen und etwas durchzusetzen. Für sich selbst, als sie vor 1989 wegen ihres schwerbehinderten Sohnes Teilzeit arbeiten wollte und für und mit vielen anderen Frauen, die nach der Wende ihren Job verloren und einen Weg durch den Dschungel von Verordnungen, Paragraphen und neuen Möglichkeiten suchten. Zehn Jahre arbeitete sie bei einer der Regionalstellen „Frauen und Arbeitsmarkt“ und auch diese hatten sich landesweit vernetzt und wurden Mitglied im FPR.

Und zur Sprecherinnenwahl 1999 zögerte sie nicht mit ihrer Kandidatur und wurde sofort gewählt. Anfangs war diese Aufgabe ziemliches Neuland für sie, aber schnell begann sie „nicht mehr so kleinteilig zu gucken, sondern danach, was im ganzen Land Brandenburg los ist“. Dass im FPR parteienübergreifend diskutiert wird, begeisterte sie sofort. Denn die 54-Jährige, die selbst für DIE LINKE Kommunalpolitik macht, sieht die Veränderungen in der Frauenpolitik der letzten Jahre in Brandenburg überaus kritisch. Sie tritt als Mitglied im Begleitausschuss zum Operationellen Programm für die Verwirklichung des Aspekts der Chancengleichheit ein und fragt beispielsweise immer wieder nach, wie viele der geschaffenen Arbeitsplätze tatsächlich für Frauen sind. Wie ungleich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt verteilt sind, weiß sie aus ihrer täglichen Praxis im Regionalbudget im Barnim, einem Förderprogramm für arbeitslose Frauen und Männer.

Und - da ist sie sich ganz sicher - „Chancengleichheit kann nur funktionieren, wenn beide es wollen“. Privat hat sie das gelebt und erfahren, als sie sich mit ihrem Mann die Betreuungszeiten für den Sohn teilte. Und momentan beobachtet sie, dass sich der FPR auch „politisch interessanter für Männer machen muss, um auch in deren Kreisen Unterstützerpotential zu finden“. „Gleichstellungspolitik geht nur miteinander“ ist auch ihre Erfahrung als Sprecherin, wenn sie mit Ministerinnen und Ministern der Landesregierung das Gespräch sucht und bis jetzt noch immer vermisst, in wichtige Entscheidungen und Prozesse, wie zum Beispiel im Bündnis für Werteerziehung, frühzeitig einbezogen zu werden.

*Jahrgang 1953
Diplom-Ingenieurin für Landmaschinenbau
Arbeitet seit 2005 als Projektkoordinatorin
für das Regionalbudget im Barnim
Seit 1999 Mitglied im Sprecherinnenrat, seit 2002
erste Sprecherin des FPR
und Vertreterin des FPR im
Gemeinsamen Begleitausschuss
zum Operationellen Programm
EFRE, ESF und ELER*



Stimmen zum 15-jährigen Jubiläum

Hauptmerkmal: Zähigkeit

In der Aufbruchstimmung vor 15 Jahren organisierten Frauen sich selbst, die neuen Freiheiten nutzend, bestimmt vom Drang nach Freiheit in ihrer Lebensgestaltung, freier Selbstdarstellung und nicht zuletzt nach gleichberechtigter Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen. So entstand im Geiste der BürgerInnenbewegung vom Herbst 89 der Brandenburger Frauenpolitische Rat als breite politische Allianz. Was die Frauen damals nicht ahnten, war, dass die Vereinigung Deutschlands überalterte Rollenbilder von Frauen zurückbrachte, dass Frauen massiv aus dem Arbeitsmarkt zurück in die Rolle der Hausfrau und unbezahlten Erzieherin gedrängt wurden. Die Männer in den Führungsriege teilten die Macht allein unter sich auf. Was im Herbst 89 als Gestaltungsziel gedacht war, wurde zu Kampfzielen gegen die neuen sich verfestigenden patriarchalischen Strukturen. Mit weniger Geld, dafür aber mit mehr Engagement und inzwischen auch mit höherer Professionalität behauptet sich der Frauenpolitische Rat in Brandenburg. Die jährliche Frauenwoche gehört zu den Glanzpunkten und die neuen Mitentscheidungsrechte zu den errungenen Erfolgen. Wer an der Zähigkeit von Frauen im Kampf um ihre Rechte noch zweifelt, wird vom Frauenpolitischen Rat eines anderen belehrt.

Elisabeth Schroedter
Mitglied des Europäischen Parlaments für
Bündnis 90/Die Grünen

15 Jahre Frauenpolitischer Rat

Der Frauenpolitische Rat ist aus dem Runden Tisch der Frauen 1989/90 in turbulenten Umbruchzeiten hervorgegangen. Demokratischer Umgang, ein solidarisches Miteinander sowie der Wille, Neues zu gestalten und Gutes zu bewahren, wurden zugleich die Existenzbedingungen für die Neugründung der frauenpolitischen Interessenvertretung Brandenburgs.

Demonstrationen, Aktionen, heiße Debatten waren und sind an der Tagesordnung. Sie verschafften in den vergangenen 15 Jahren weiblichen Interessen - ob beim § 218, beim Landesgleichstellungsgesetz, beim Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz oder bei Protesten gegen die Sparpolitik der Landesregierung - eine deutlich vernehmbare Stimme in der Öffentlichkeit. Zum Beispiel hat der Frauenpolitische Rat mit anderen gezeigt, dass Frauenpolitik nicht auf Familienpolitik reduziert werden kann. Dass das Problem der Abwanderung junger Frauen aus unserem Land bei der Wurzel gepackt werden muss.

Diese Auseinandersetzungen werden uns auch künftig begleiten. Wir gemeinsam haben noch viel zu tun. Es braucht wohl einen neuen frauenpolitischen Aufbruch.

Herzlichen Glückwunsch zum 15. Geburtstag im Namen der Fraktion DIE LINKE im Landtag!

Kerstin Kaiser
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE
im Landtag Brandenburg



Stimmen zum 15-jährigen Jubiläum

Die FrauenUnion Brandenburg ist mit ihren ca. 1800 Frauen seit dem Jahr 1992 Mitglied im Frauenpolitischen Rat Brandenburg. In den vergangenen 15 Jahren hat der Rat erfolgreich seine Mitgliederzahl ausgebaut und auf eine immer dichtere Vernetzung seiner Mitglieder hingearbeitet. Von diesen Entwicklungen konnte die brandenburgische Frauen- und Familienpolitik der letzten Jahre profitieren. Gemeinsam und beharrlich haben wir wichtige Impulse und Entscheidungen auf diesen Gebieten auf den Weg gebracht. Für die FrauenUnion Brandenburg ist das Netzwerk Frauenpolitischer Rat Brandenburg ein Partner bei der Interessenvertretung von Frauen aus unserem Bundesland. Wir hoffen auf weitere erfolgreiche Jahre der Zusammenarbeit!

Monika Schulz
Landesvorsitzende der FrauenUnion Brandenburg

Die Landeskonferenz (LaKoF) ist ein Zusammenschluss der Gleichstellungsbeauftragten der brandenburgischen Hochschulen. In ihr finden Austausch, Kooperation und politisches Wirken der Gleichstellungsbeauftragten auf Landesebene statt. Als Interessenvertreterinnen der Frauen an unseren neun Hochschulen wollen wir gestärkt durch die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen engagierten Frauenverbänden in Brandenburg mitsprechen, mitgestalten und verändern. Durch unsere Mitwirkung im Frauenpolitischen Rat können wir die Interessenlagen der an den Hochschulen studierenden und arbeitenden Frauen thematisieren und bei der Entwicklung von Strategien zur Umsetzung der Chancengleichheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens berücksichtigen. Gemeinsam sind wir stärker, schlagkräftiger und erfolgreicher. Auch Effizienz, Ressourcenbündelung und Transparenz werden durch Netzwerkarbeit gefördert.

Barbara Schrul
Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der brandenburgischen Hochschulen



Der Pottauer 23.9.06

15 Jahre Frauenpolitik im Land – eine kritische Bilanz

Im „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ feiert der Frauenpolitische Rat des Landes Brandenburg sein 15-jähriges Jubiläum. Auch wenn rückblickend die Arbeit der Fraueninitiativen und Frauenverbände im Land eher eine Erfolgsgeschichte ist, können und wollen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Anlässlich des Jubiläums muss es auch darum gehen, die Gegenwart zu reflektieren, um die Aufgaben von heute und morgen weiterhin behertzt in Angriff nehmen zu können.

Kritisch gilt es dabei anzumerken: Es ist uns in den vergangenen Jahren oft nur gelungen, „Schlimmeres“ abzuwenden und Tatsache ist auch: Von Gleichberechtigung und Chancengleichheit sind Mädchen und Frauen – gerade in den ländlichen Regionen – weiter entfernt als 1989. Zwar hat sich seitdem mit und für uns vieles verändert, doch die spezifischen Gerechtigkeitsansprüche von Mädchen und Frauen, ihre Wünsche und Bedürfnisse fanden bei politisch Verantwortlichen am wenigsten ein offenes Ohr.

Seit einigen Monaten scheint alles anders und vieles möglich – auf den ersten Blick. Das Fatale daran ist, dass Mädchen und Frauen funktionalisiert werden: Zum einen als qualifizierte Arbeitskräfte, zum anderen als potenzielle Gebärende. Beide fehlen in Brandenburg.

Frauen sollen es mal wieder richten – so wie sie seit jeher gebraucht wurden, wenn „Not am Mann“ war.

Aus allein wirtschaftlichen Gründen werden Mädchen und Frauen als Zielgruppen von Politik und medialer Aufmerksamkeit entdeckt. Die Fragen von Gerechtigkeit, Macht und Herrschaft bleiben ein Nebenschauplatz, denn es geht nicht darum, Chancengerechtigkeit herzustellen. Das Label „Chancengleichheit“ dient lediglich als Vehikel, eine Politik an die Frau und an den Mann zu bringen, die die ökonomischen Interessen vorwiegend intellektuell und materiell privilegierter und männlicher Eliten bedient. Es geht nicht um gerechte Teilhabe und Mitbestimmung oder um faire Zugänge zu Ressourcen, sondern um Profit.

Die seit 2006 öffentlich diskutierte Fachkräftestudie des MASGF leitete die Trendwende von Ignoranz zu einer immerhin zweckorientierten Familienpolitik ein. Bis 2010 wird allein mit einem Fachkräftebedarf von 100.000 Personen in der Wirtschaft gerechnet. JedeR vierte Beschäftigte muss, auch aus Altersgründen, bis zum Jahr 2015 ersetzt werden. Erhebliche Personalbedarfe werden bei Fachangestellten und FacharbeiterInnen prognostiziert. Dem gegenüber steht, dass seit 1991 unverändert mehr Frauen als Männer

aus ihrer ostdeutschen Heimat fortziehen, überwiegend gen Westen. Pro Kalenderjahr verlassen ca. 13.000 junge Frauen das Land. Die ca. 8.000 Zuzüge fangen den wachsenden Negativsaldo nicht auf. Gerade in der Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen gibt es mittlerweile einen erheblichen Männerüberschuss. In den peripheren, wirtschafts- und strukturschwachen Regionen fehlen inzwischen bis zu 25% Frauen bei steigender Tendenz. Was folgt daraus?

Je weniger Mädchen und Frauen in der Lage sind, für ihre Rechte zu streiten, umso weniger finden sie Gehör. Je weniger Mädchen und Frauen in Brandenburg leben, umso weniger muss vermeintlich für sie getan werden. Vielmehr liegen nun herrliche, wenn auch fadenscheinige Argumente auf der Hand, Problemlagen von Mädchen und Frauen als singuläre Ereignisse zu betrachten, gesellschaftspolitische Kontexte zu ignorieren und die geschlechtsspezifische Benachteiligung als individuelles Versagen zu deklarieren. Die „große Politik“ ist nämlich nicht für „Einzelfälle“ zuständig.

Emanzipatorische Familienpolitik wird als Stärke deklariert. Diese ist mit Blick auf die Lebenswelten von Mädchen und Frauen unvollständig und erinnert wegen ihrer Funktionalität schwer an die „Muttipolitik“ der DDR. Als innovatives Erfolgskonzept zur Lösung der Frauen- und Geschlechterfrage dient sie wohl kaum. Zudem werden die Erziehungsdefizite von Jungen und deren Bildungsversagen instrumentalisiert, um die spezifischen Bedürfnisse und die strukturelle Diskriminierung von Mädchen und Frauen weiter zu verschleiern.

In Medienberichten wird sogar noch ein Schritt weiter gegangen. Neben der Reduzierung von Frauen auf ihre Rolle als Mütter, als Arbeitskräfte und als Objekte männlicher Begierde gibt es die Strategie, Mädchen und Frauen zu „entkörpern“ und weitere Zuschreibungen vorzunehmen, die keinen Raum für Bedürfnisse und Menschlichkeit lassen. „Sie sind pragmatischer als ihre Mütter, sie sind ehrgeiziger, zielstrebig, gebildeter als die Männer. Sie glauben nicht mehr an die Versorgung durch die Ehe, sondern an den Erfolg. Eine junge Frauengeneration macht sich auf den Weg an die Macht – und lässt die Männer hinter sich.“ Resümiert der SPIEGEL.

Die vorbildhaften Erfolge einzelner Frauen werden flugs mit den Insignien von Männlichkeit versehen und damit im herkömmlichen Sinne ihrer Attraktivität beraubt. Definiert sich ihr Selbst-Bild auch über die Attraktivität für andere, ist dies

15 Jahre Frauenpolitik im Land – eine kritische Bilanz

ein Affront. Damit werden Frauen doppelt diskriminiert; in ihren Karrierechancen im männlich dominierten Machtsystem und als unweiblich, wenn sie einen Platz in diesem System beanspruchen.

Zudem werden die erfolgreichen Frauen dafür benutzt, darauf zu verweisen, dass Mädchen und Frauen längst auf der „Überholspur“ seien. Frauen seien der neue „Megatrend“, nur dass sie es noch nicht wüssten – meinen die Forscher des Zukunftsinstitutes in Frankfurt am Main.

So gesehen ist dann Mädchen- und Frauenpolitik nicht nötig – auch wenn die vermeintliche „Überholspur“ mit der „gläsernen Decke“ kollidiert oder sich gar als „Sackgasse“ entpuppt.

Individuelle aner kennenswerte Erfolge von Frauen werden verallgemeinert, zur „Wirklichkeit geschrieben“ und als Argumente gegen Mädchen- und Frauenförderung verwendet, obgleich ein gesellschaftlich nachhaltiger Wandel der Geschlechterhierarchie längst nicht stattgefunden hat.

Unrecht, Gewalt gegen Frauen und strukturelle Diskriminierung von Frauen scheinen im Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle kein Problem mehr zu sein – nur dass von Mädchen und Frauen, was Mann jedoch nicht so ernst nehmen muss.

„Die flotten und pfiifigen Landestöchter sehnen sich nach einer Charme-Offensive der Brandenburger Männer. Die müssen aufwachen, sonst sind die hübschen Mädchen weg. Und dann wird über Frauenmangel geklagt. Unsere Kirche ist gerne bereit, den jungen Männern zu helfen. Gern richten wir im ganzen Land Brandenburg Traumhochzeiten aus.“ Predigte der evangelische Landesbischof Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, am 11.06.2007, vor ca. 300 Gästen, im Dom zu Brandenburg a. d. H. Die launige Formulierung einer so

hoch angesehenen Person, die breite Öffentlichkeit für solche Äußerungen, der Konsens in der Heiterkeit, das Einverständnis, nicht dagegen zu protestieren, zeugen von der Verbreitung eines zutiefst frauenverachtenden heterosexistischen Menschenbildes. Die Lebenswirklichkeit von Mädchen und Frauen wird weder wahr – noch ernst genommen. Mit der Kolportage dieses Predigt-Zitats wird eine Lächerlichkeitsstrategie fortgesetzt, welche die Belange von Mädchen und Frauen subtil aber wirksam abwertet, dabei dieses zugleich höchst offiziell und öffentlich legitimiert.

Die Individualisierung gesellschaftlicher Probleme und das Auseinanderdividieren von Erfolg und Versagen, das Bewerten von Bleiben oder Abwandern, der unterschiedlichen Lebensentwürfe und Vorstellungen von einem gelingenden Leben, führen unweigerlich in ein gegeneinander Aufrechnen. Ein Miteinander wird dadurch verhindert und Vielfalt entwertet.

Die Entsolidarisierung scheint also absichtsvoll. Für Mädchen und Frauen wird es immer schwerer, sich weiter zusammenzuschließen, um an den Festen der Macht zu rütteln und gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass Brandenburg ein Land mit Zukunft für Mädchen und Jungen, Frauen und Männer wird.

Allein daran wird deutlich, wie wichtig es ist, dass die frauenpolitische Arbeit fortgesetzt wird und zwar von streitbaren Frauen, die um ihre Rechte wissen und dafür kämpfen. Denn: „Eine moderne, zukunftsfähige und zugleich solidarische Gesellschaft braucht die Kreativität, die Fantasie und die Kompetenz der Frauen an verantwortlicher Stelle.“ – meint auch unser Bundespräsident Horst Köhler.

Ulrike Häfner,

2. Sprecherin des Frauenpolitischen Rates

Entwicklung der Einnahmen 2002 – 2007 in Euro (* geschätzt)

Eigenmittel	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Beiträge Mitglieder	1.984	1.798	1.674	1.674	1.798	1.798
Spenden	225	445	20	50	250	300*
Beiträge Fördermitglieder	-	-	50	200	200	300*
Landeszuwendung	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Brandenburgische Frauenwoche	-	-	17.963	18.480	20.157	19.187
Geschäftsstelle	63.255	65.255	43.485	43.805	43.784	44.514
Sonstige Einnahmen-Projektmittel	13.581	-	4.718	-	4.550	7.960

Ausblick

Im Land Brandenburg stehen gut ausgebildete Frauen, eine langsam aber stetig wachsende Zahl von Wissenschaftlerinnen, Unternehmerinnen, Politikerinnen und Gremienvertreterinnen einer ebenso zunehmenden Zahl von Frauen gegenüber, die aus dem existenzsichernden Erwerbsleben ausgeschlossen, alleinerziehend, von Armut und schließlich von Altersarmut betroffen sind. Weibliche Lehrlinge werden nach Abschluss ihrer Ausbildung in deutlich geringerer Zahl als männliche vom Arbeitgeber in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen, Frauen sind in Führungspositionen und politischen Entscheidungsgremien eindeutig unterrepräsentiert und der Durchschnittsverdienst von Frauen liegt noch immer weit unter dem von Männern.

Die Fakten sprechen für sich, die Forderung nach Umsetzung von Frauenförderung und Gender-Mainstreaming ist nach wie vor aktuell und dringend nötig. Auch wenn in den zurückliegenden Jahren umfassende rechtliche Grundlagen geschaffen wurden, um den Abbau von Benachteiligungen für Mädchen und Frauen zu gewährleisten, ist der Weg zu einer tatsächlichen Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter in allen Ebenen der Gesellschaft noch lang. Jeder Erfolgsschritt in diese Richtung muss erkämpft und immer wieder von Neuem verteidigt werden. Dazu braucht es organisiertes Handeln, einen stetigen Ausbau von Netzwerken und nicht zuletzt stabile Grundstrukturen.

Zu den Forderungen des Frauenpolitischen Rates gehörte und gehört heute mehr als zuvor deshalb u. a. die Sicherstellung einer verlässlichen finanziellen Förderung von frauen- und familienpolitisch tätigen Verbänden und Vereinen durch Land und Kommunen. In der bisherigen haushalterischen Prioritätensetzung des Landes sind Mädchen und Frauen nicht entsprechend ihrer Lebensrealität und der tatsächlichen Notwendigkeit mitgedacht. Frauen ernst nehmen heißt aber auch, die regional unterschiedlichen Bedarfslagen der Frauen vor Ort in politisches Handeln umzusetzen. Der Frauenpolitische Rat versteht sich in diesem Zusammenhang auch als Mittler und Stimme der Mädchen und Frauen im Land Brandenburg in der Beratung mit und von Politik. Der Ausbau dieser Funktion auch bei sich sehr unterschiedlich entwickelnden Lebensverhältnissen und Bedarfslagen von Mädchen und Frauen im Land gehört zu den Zielsetzungen unseres Verbandes für die nächsten Jahre. Weitere Herausforderungen unserer Verbandsarbeit sehen wir sowohl in der quantitativen als auch qualitativen



Weiterentwicklung. Aus der Erfahrung der vergangenen Jahre, dass mit der Aufnahme neuer Mitgliedsorganisationen unsere Arbeit durch eine zunehmende Vielfalt be- und gestärkt wurde, wollen wir unsere Aktivitäten in diese Richtung fortsetzen. Der weitere Ausbau unserer Vernetzung und der Kommunikationsstrukturen wird ebenso eine Zukunftsaufgabe sein wie die Förderung der Aktivitäten sowie der Stärkung des Bewusstseins der Mitgliedsorganisationen hinsichtlich der Arbeits- und Wirkungsmöglichkeiten unseres Verbandes. Themen für die kommende Zeit werden die weitere Gestaltung der internen und externen Kommunikation, die Arbeit in den Gremien sowie der Ausbau unserer Kooperationen mit vorhandenen und neuen Partnern sein. Als wichtiges Handlungsfeld sehen wir es an, bei Mädchen und Frauen ein gleichstellungspolitisches Bewusstsein zu entwickeln und sie zu politischem Engagement zu ermutigen. Die Durchsetzung verbesserter Rahmenbedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit gehört in diesem Zusammenhang ebenso zu unseren Forderungen und Zielstellungen wie die Stärkung der frauenpolitischen Strukturen im Land.

Bis zur Realisierung des Anspruchs von Frauen auf die Hälfte der Macht in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und der Verankerung dessen als Selbstverständlichkeit im Denken und Handeln von Frauen und Männern werden noch viele Schritte und Kämpfe nötig sein. Auf dem Weg zu diesem Ziel wünsche ich mir für uns zahlreiche, mutige und tatkräftige UnterstützerInnen.

Bettina Panser
Geschäftsführerin

Dank

Wir danken allen, die den Frauenpolitischen Rat durch ihr großes Engagement unterstützt haben. Sei es durch haupt- oder ehrenamtliche Arbeit oder auch durch finanzielle Mittel. Die Sprecherinnen, insbesondere die der letzten fünf Jahre, seien hier stellvertretend für alle aktiven Frauen aus den Mitgliedsorganisationen genannt. Ihnen gilt unsere besondere Anerkennung und wir hoffen, dass sie den Frauenpolitischen Rat weiterhin tatkräftig unterstützen.

Christine Beu

Verband alleinerziehender Mütter und Väter
seit 1998

Margot Franke

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
2004 - 2006

Heiderose Gerber

LAG der Frauenzentren
2000 - 2004

Ulrike Häfner

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
seit 2006

Marianne Huhn

LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
2005 - 2006

Rotraud Kautz

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen
2002 - 2004

Petra Meyer

DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
seit 2006

Sybille Neumann † 2007

DGB Mark Brandenburg
2002 - 2006

Dr. Johanna Pätzig

Brandenburger Landfrauenverband
2000 - 2002

Sabina Scheuerer

LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
seit 2006

Monika Schulz

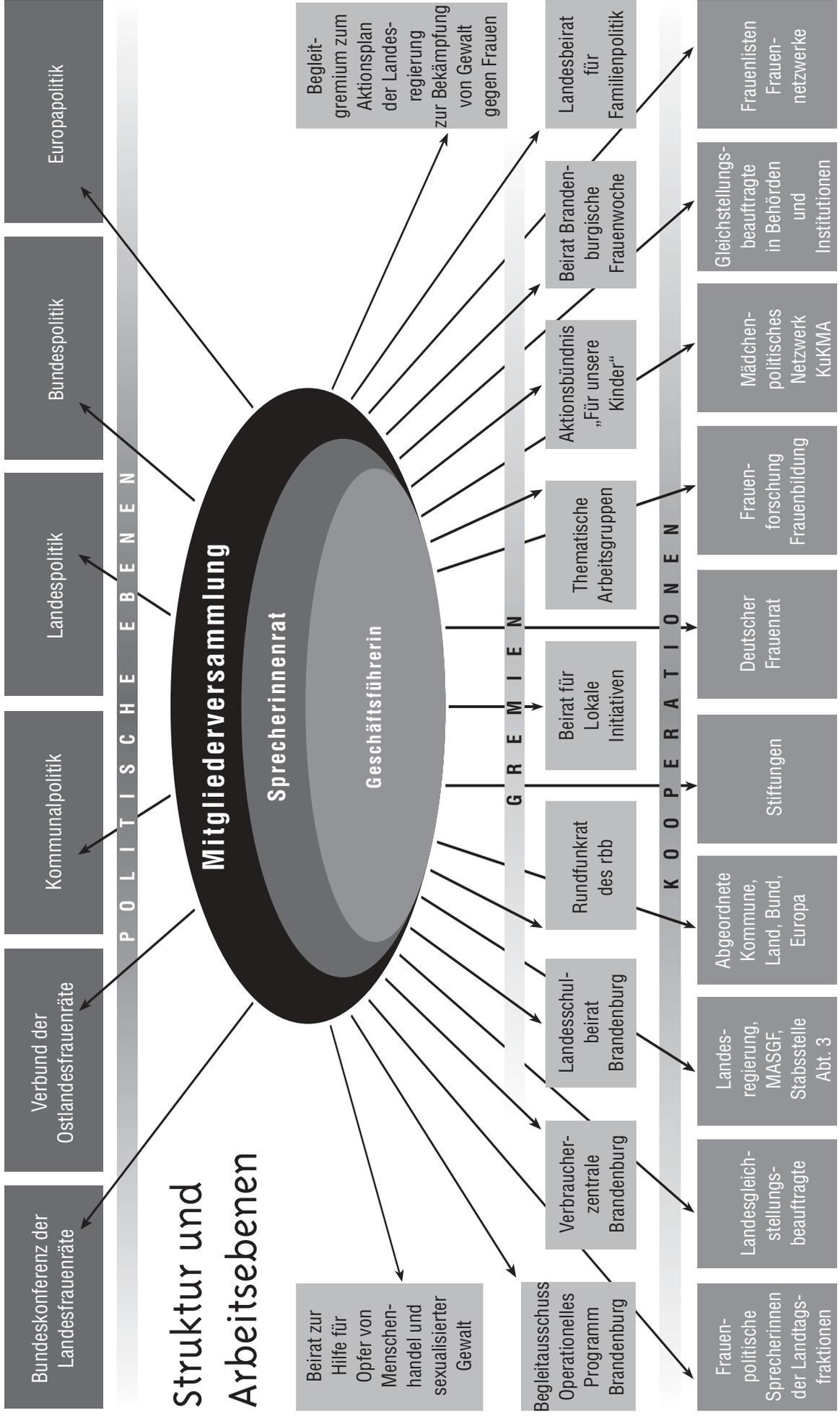
FrauenUnion
2002 - 2004

Sabine Stüber

LISA bei DIE LINKE
seit 1999

Sabine Wehrich

LAG der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten
2004 - 2005



Vernetzung und Kooperation

Der Frauenpolitische Rat ist ein Dachverband und vertritt die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen gegenüber Parteien, Gremien, der Landes- und der Bundesregierung und der Verwaltung. Dazu ist es nötig, dass er sich sowohl mit seinen Mitgliedern vernetzt als auch Kooperationen mit unterschiedlichen PartnerInnen eingeht.

Der SprecherInnenrat steht im kontinuierlichen Austausch mit den Abgeordneten im Landtag, dem Bundestag, der brandenburgischen Landesregierung, insbesondere dem brandenburgischen Familienministerium und den Gleichstellungsbeauftragten der Kommunen und des Landes. Als Multiplikatorinnen für Gleichstellungs-, Frauen- und Gender-Fragen in der Gesellschaft sind die Sprecherinnen und die Geschäftsführerin kompetente Gesprächspartnerinnen für Medien, Politik und LobbyistInnen.

In jedem der 16 Bundesländer haben sich Frauenverbände, -organisationen und -vereine zu einem überparteilichen und überkonfessionellen Dachverband, meist Landesfrauenrat genannt, zusammengeschlossen. Die Konferenz der Landesfrauenräte (KLFR) ist dabei das übergeordnete Netzwerk der 16 Landesfrauenräte in der Bundesrepublik. Ein bis zwei Mal pro Jahr tritt die KLFR zusammen und berät über aktuelle frauenpolitische Themen. Die Resolutionen, Forderungen und Beschlüsse der KLFR richten sich dabei in erster Linie an Regierung, Parlament und Gremien auf Bundesebene.

Eine enge Kooperation besteht außerdem mit dem Deutschen Frauenrat.

Aufgrund der spezifischen Situation von Frauen in Ostdeutschland arbeiten die Landesfrauenräte Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen verstärkt zusammen. Als Ostlandesfrauenräte haben sie sich in die Lobbyliste des Deutschen Bundestages eintragen lassen. 2002 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg und dem Landesfrauenrat Berlin unterzeichnet.

Um eine optimale Kommunikation mit Mitgliedern und PartnerInnen zu ermöglichen, wurde eine eigene Kommunikationsstruktur aufgebaut: Die Homepage des FPR dient dabei als zentrales Informationsportal und die seit fünf Jahren monatlich erscheinende FPR-Rundmail versorgt über 350 NutzerInnen mit aktuellen Informationen, Terminen, Positionspapieren zu frauenpolitischen Themen, die einerseits die Mitgliedsorganisationen zeitnah zur Verfügung stellen bzw. andererseits zur Kenntnis bekommen.

Wichtige Unterstützung erhält der FPR in seiner Arbeit durch zahlreiche KooperationspartnerInnen, frauenpolitische Akteurinnen auf kommunaler und auf Landesebene, Institutionen und Stiftungen. Stellvertretend erwähnt werden sollen hier das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie, die Landesgleichstellungsbeauftragte, das Landesamt für Soziales und Versorgung, die frauen- und familienpolitischen Sprecherinnen der demokratischen Landtagsfraktionen und die Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Brandenburg, die die Arbeit des FPR in den vergangenen Jahren maßgeblich förderten und unterstützten.



Mitgliedsorganisationen

Arbeitsgemeinschaft LISA bei DIE LINKE Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1989/90

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

- Gleichstellung von Frauen und Männern auf parlamentarischer Ebene durchsetzen
- Chancengleichheit herstellen
- Gleichstellungspolitik auf Landesebene und Sozialpolitik (insbesondere im Einsatz für den Rechtsanspruch aller Kinder auf einen Kitaplatz) mitgestalten

Arbeitsgemeinschaft LISA bei DIE LINKE

Alleestr. 3 · 14467 Potsdam

Fon 0331 20 09 0 · Fax 0331 20 09 10

Mail info@dielinke-brandenburg.de

Internet www.dielinke-brandenburg.de

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Brandenburg (ASF)

GRÜNDUNGSJAHR: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1990

AUFGABEN UND ZIELE

- Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Möglichst viele Frauen in die politische Arbeit einbeziehen

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Vernetzung von frauenpolitischer Arbeit
- Seminare zur Selbstdarstellung und Kommunikation von Frauen

Arbeitsgemeinschaft

Sozialdemokratischer Frauen Brandenburg (ASF)

Alleestr. 9 · 14469 Potsdam

Fon 0331 73 09 80 13 · Fax 0331 73 09 80 60

Mail birgit.gorholt@spd.de

Internet www.frauen-spd.de

Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V. (ALV)

GRÜNDUNGSJAHR: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Der Arbeitslosenverband Deutschland Landesverband Brandenburg e.V. ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern mit dem Zweck der Förderung, der Fürsorge, Wohlfahrt und Interessenvertretung der von Arbeits- und Erwerbslosigkeit betroffenen oder

bedrohten Personen, sowie von Personen in anderen sozial benachteiligten Situationen, einschließlich von Kindern und Jugendlichen.

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Lobbyarbeit für erwerbslose und sozial benachteiligte Frauen
- Entwicklung, Begleitung und Betreuung von Projekten und Selbsthilfegruppen für arbeitslose Frauen

Landesgeschäftsstelle

Inga-Karina Ackermann

Bahnhofstr. 1 · 14774 Brandenburg a. d. H.

Fon 03381/ 80 42 14

Mail ik-ackermann@alv-brandenburg.de

Brandenburger Landfrauenverband e.V.

GRÜNDUNGSJAHR: 1992

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

- Interessenvertretung der Landfrauen
- Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Situation von Frauen
- Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum
- Traditions- und Brauchtumspflege

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Weiterbildung im beruflichen, sozialen und allgemeinen Bereich

Brandenburger Landfrauenverband e.V.

Dorfstr. 1 · 14513 Teltow

Fon 03328 31 93 01 · Fax 03328 31 93 05

Mail blv_eV@t-online.de

Internet www.brandenburger-landfrauen.de

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1980 Gesamtpartei,

1993 Zusammenschluss mit Bündnis 90

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1993

AUFGABEN UND ZIELE

siehe www.gruene-brandenburg.de und www.gruene.de

Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg

Jägerstr. 18 · 14467 Potsdam

Fon 0331 97 93 111 · Fax 0331 97 93 119

Mail lv.brandenburg@gruene.de

Internet www.gruene-brandenburg.de

Mitgliedsorganisationen

Cometa e.V.

(conferenz, meeting, talk)

GRÜNDUNGSJAHR: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Zweck des Vereins ist es, die im Grundgesetz verankerte Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Ebenen der Gesellschaft zu fördern. Ein weiterer Zweck ist die Jugendpflege und Jugendfürsorge.

Cometa e.V.

c/o Heidrun Höfler

Seegefelder Str. 90 · 14612 Falkensee

Mail vorstand@cometa-ev.de

Internet www.cometa-ev.de

Demokratischer Frauenbund

Landesverband Brandenburg e.V. (dfb)

GRÜNDUNGSJAHR: 1990

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Hauptzweck des Vereins ist die Förderung des demokratischen Gemeinwesens durch die besondere Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, der Familie und auf sozialem Gebiet.

Demokratischer Frauenbund,

Landesverband Brandenburg e.V.

Walther-Ausländer-Str. 1 · 14776 Brandenburg a. d. H.

Fon 03381 79 44 50 · Fax 03381 79 44 51

Mail dfb.br@Tele2.de

Deutscher Evangelischer Frauenbund (DEF)

Orts- und Landesverband Berlin e.V.

GRÜNDUNGSJAHR: 1908

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Wir verstehen Frauenverbandsarbeit als Auftrag, Frauen unterschiedlicher Herkunft anzusprechen, um gemeinsam Erfahrungen, Interessen und spezifische Sichtweisen in Kirche, Staat und Gesellschaft zur Geltung zu bringen.

Deutscher Evangelischer Frauenbund (DEF)

c/o Marlene Siefert

Bergstr. 34c · 13591 Berlin

Fon 030 36 33 749

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

Bezirk Berlin-Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1949

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1998

AUFGABEN UND ZIELE

Vertretung der Interessen von Frauen in allen Bereichen der politischen Aufgaben auf Bezirksebene, insbesondere in der Gleichstellungspolitik und in der Familienpolitik mit dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen. Mitwirkung an der Beseitigung von unmittelbarer und mittelbarer Diskriminierung wegen des Geschlechts sowie der Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

Beratung in Rechtsfragen (Arbeitsrecht und Sozialrecht), Gleichstellungspolitik, Frauenförderung in Politik, Bildung, Ausbildung und Wirtschaft, Chancengleichheit im europäischen Kontext (grenzüberschreitend und transnational)

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bezirk Berlin-Brandenburg

Keithstr. 1 – 3 · 10787 Berlin

Fon 030 21 24 01 30 132 · Fax 030 21 24 01 02

Mail petra.meyer@dgb.de

Internet www.berlin-brandenburg.dgb.de

Deutscher Juristinnenbund

Landesverband Brandenburg (djb)

GRÜNDUNGSJAHR: 1996

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2000

ZIELE

- Fortentwicklung des Rechts auf allen Gebieten
- Verwirklichung der Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen
- Rechtliche Absicherung der Lebenssituation von Frauen, Kindern und älteren Menschen

Aufgaben

- Information über aktuelle Rechtslagen
- Erarbeitung von Rechtsgutachten
- Mitwirkung in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
- Anregung und Kritik an die Parlamente, Regierungen und Verwaltungen des Bundes und der Länder sowie an die Medien
- Regionale und überregionale Vernetzung von Expertinnen

Mitgliedsorganisationen

Deutscher Juristinnenbund
c/o Ramona Pisal
Gertrud-Piter-Platz 11 · 14770 Brandenburg a. d. H.
Fon 03381 399 260
Mail Ramona.Pisal@t-online.de
Internet www.djb.de/djb-regional/brandenburg/

Feministische Partei DIE FRAUEN Landesmitfrauenverband Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 2003
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2006

AUFGABEN UND ZIELE

Die Feministische Partei DIE FRAUEN stellt die Interessen von Frauen in den Mittelpunkt ihrer Politik. Die wirtschaftliche Lage von Frauen spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie die Verwirklichung unseres Rechts auf Selbstbestimmung in Bezug auf Sexualität, Schwangerschaft und die Wahl unserer Lebensweise.

Feministische Partei DIE FRAUEN
c/o Brigitte Stephan
Putlitzer Str. 9 · 16928 Pritzwalk
Mail kontakt@die-frauen.de
Internet www.die-frauen.de

Frauen- und Familienarbeit in der Evangelischen Kirche Berlin- Brandenburg- schlesische Oberlausitz (EKBO)

GRÜNDUNGSJAHR: 1902
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1995

AUFGABEN UND ZIELE

- Interessenvertretung für die Belange von Frauen und Familien
- Ermutigung von Frauen und Familien, ihre Rechte wahrzunehmen und zusammen mit anderen für gleichberechtigte Teilhabe an der Verantwortung in Kirche und Gesellschaft einzutreten

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

Fort- und Weiterbildung von Frauen (und Männern) hauptberuflichen und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen - in Kirchengemeinden und Kirchenkreisen der EKBO

Frauen- und Familienarbeit in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz
c/o Amt für kirchliche Dienste in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg- schlesische Oberlausitz
Goethestr. 26 – 30 · 10625 Berlin
Fon 030 31 91 287 · Fax 030 31 91 300
Mail h.bobey@akd-ekbo.de
Internet www.frauenarbeit.info

FrauenUnion der CDU Landesverband Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1991
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992

AUFGABEN UND ZIELE

Unser Ziel ist es, die berechtigten Ansprüche der Frauen auf angemessene Vertretung in den Organen der CDU und den Parlamenten durchzusetzen und die Arbeit der Frauen in den Landes-, Bezirks-, und Kreisverbänden zu unterstützen. Darüber hinaus wirkt die FrauenUnion auf die europäische und internationale Zusammenarbeit der Frauen hin und engagiert sich in der politischen Bildung von Frauen.

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Mentoring-Programm der FrauenUnion Brandenburg
- Unternehmerinnenstammtische

FrauenUnion Brandenburg
CDU-Bürgerbüro
Kirchstr. 24 · 03172 Guben
Fon 03561 23 48 · Fax 03561 54 84 99
Mail info@fu-brandenburg.de
Internet www.fu-brandenburg.de

Frauenwirtschaftskuratorium Brandenburg e.V.

GRÜNDUNGSJAHR: 2004
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2007

AUFGABEN UND ZIELE

Chancengleichheit zur Teilhabe von Frauen im Kreis der Brandenburger Unternehmerschaft wie auch in Führungspositionen der regionalen Wirtschaft durchzusetzen, gehören zu den Schlüsselaufgaben, um die Wirtschaft im Land auf Wachstumskurs zu bringen und zu halten.

Frauenwirtschaftskuratorium Brandenburg e.V.
Otto-Erich-Str. 11/13 · 14482 Potsdam
Fon 0331 74 75 30 · Fax 0331 74 75 328
Mail info@fwkb.de
Internet www.fwkb.de

GEDOK Brandenburg – Gemeinschaft der Künstlerinnen und Kunstfreunde e.V.

GRÜNDUNGSJAHR: 1994
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1995

Aufgaben und Ziele

- spartenübergreifende Förderung von künstlerisch tätigen Frauen (Literatur, Musik, Bildende und Angewandte Kunst)
- Zusammenführen von Künstlerinnen und Kunstförderern
- Ausbau eines bundesweiten Netzwerkes

Mitgliedsorganisationen

GEDOK Brandenburg e.V.
Seebadallee 50 · 15834 Rangsdorf
Fon 033708 70 733 · Fax 033708 70 989
Mail foerster@gedok-brandenburg.de
Internet www.gedok-brandenburg.de

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren im Land Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1996
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1996

AUFGABEN UND ZIELE

Die LAG-FZ Brandenburg ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Frauenzentren des Landes mit dem Ziel, die Arbeit der Frauenzentren zu vernetzen, frauenpolitische Konzepte zu entwickeln, frauenpolitische Forderungen gemeinsam durchzusetzen und den Austausch über inhaltliche und finanzielle Arbeitsthemen zu fördern.

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Öffentlichkeitsarbeit
- Organisation von Weiterbildungen
- Vernetzung

Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenzentren im Land Brandenburg
c/o Autonomes Frauenzentrum Potsdam e.V.
Zeppelinstr. 189 · 14471 Potsdam
Fon 0331 90 13 123 · Fax 0331 951 30 095
Mail fzpotdam-gs@web.de

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1991
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2001

AUFGABEN UND ZIELE

- Abbau von Gleichstellungsdefiziten im Lebensumfeld von Frauen
- Strukturveränderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen und Mädchen durch:
 - Initiierung systematischer Gleichstellungspolitik,
 - Artikulation und Vertretung der Bedürfnisse und Interessen von Frauen,
 - Vermittlung zwischen Frauenbewegung, BürgerInnen, Verwaltung und Politik

Angebote / Serviceleistungen

- Aufbau eines Informationsnetzwerkes und Erarbeitung gemeinsamer Standpunkte der kommunalen GBA sowie Unterstützung von Projekten
- Konzeptionelle Unterstützung der Arbeit der

kommunalen GBA
- Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen und Erfahrungsaustauschen

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg

c/o Sabina Scheuerer
Friedrich-Ebert-Str. 79/81 · 14481 Potsdam
Fon 0331 289 10 80 · Fax 0331 289 10 82
Mail sabina.scheuerer@rathaus.potsdam.de

c/o Ines-Angelika Lübbe
Papendorfer Weg 1 · 14806 Belzig
Fon 033841 91 321 · Fax 033841 91 164
Mail ines-angelika-luebbe@potsdam-mittelmark.de

Landeskongress der Gleichstellungsbeauftragten der brandenburgischen Hochschulen (LaKoF)

GRÜNDUNGSJAHR: 1991
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2006

AUFGABEN UND ZIELE

Die LaKoF ist ein Zusammenschluss der Gleichstellungsbeauftragten der brandenburgischen Hochschulen. In ihr finden Austausch, Kooperation und politisches Wirken der Gleichstellungsbeauftragten auf Landesebene statt. Als Interessenvertreterinnen der Frauen an den neun brandenburgischen Hochschulen wollen wir gestärkt durch die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen engagierten Frauenverbänden in Brandenburg mitsprechen, mitgestalten und verändern. Wir thematisieren die Interessenlagen der an den Hochschulen studierenden und arbeitenden Frauen und berücksichtigen diese bei der Entwicklung von Strategien zur Umsetzung der Chancengleichheit. Mit aktiver Netzwerkarbeit bündeln wir unsere Ressourcen und können dadurch unsere Effizienz und Transparenz steigern.

Landeskongress der Gleichstellungsbeauftragten der brandenburgischen Hochschulen (LaKoF)
c/o Ehrengard Heinzig
Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Postfach 10 13 44 · 03013 Cottbus
Fon 0355 69 23 24 od. 69 36 02 · Fax 0355 69 29 64
Mail gba@tu-cottbus.de
Internet www.tu-cottbus.de/BTU/GBA/lakof.htm

Mitgliedsorganisationen

Liberale Frauen Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 2002

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2002

AUFGABEN UND ZIELE

- die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen des Lebens zu fördern und durchzusetzen
- den Belangen der liberalen Frauen mehr Gewicht zu geben und diese durchzusetzen
- Gewinnung liberaler Wählerinnen und Mitglieder

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Beratung von Frauen und Mädchen zu aktuellen Lebenssituationen
- Schulung von Kandidatinnen vor den Wahlen und Unterstützung im Wahlkampf
- Beratung und Unterstützung von Frauen bei der Stipendienbewerbung

Liberale Frauen Brandenburg
c/o Sabine Staeck-Freytag
Dossestr. 103 · 16321 Bernau
Fon 03338 76 48 19
Mail staeck-freytag@web.de
Internet www.liberales-frauen-brandenburg.de

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V.

GRÜNDUNGSJAHR: 1995

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1997

AUFGABEN UND ZIELE

- Schaffung einer Plattform für Frauenhäuser, Zufluchtwohnungen und Beratungsstellen im Land Brandenburg für Frauen und Kinder, die von physischer/psychischer Gewalt bedroht oder betroffen sind
- Vernetzung der vorhandenen Strukturen (Informationsaustausch, Unterstützung bei strukturellen/finanziellen Problemen),
- Vertretung in öffentlichen Gremien

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- überregionale politische Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit
- Organisation von Weiterbildungsveranstaltungen für die Mitglieder

Netzwerk der brandenburgischen Frauenhäuser e.V.
c/o Autonomes Frauenzentrum e.V.
Friederike Geißler
Zeppelinstr. 189 · 14471 Potsdam
Fon 0331 96 45 16 · Fax 0331 95 13 00 96
Mail frauenhauspotsdam@web.de

SHIA e. V. – Selbsthilfegruppen Alleinerziehender Landesverband Brandenburg

GRÜNDUNGSJAHR: 1991

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1992,
Gründungsmitglied

AUFGABEN UND ZIELE

- Stärkung, Gleichstellung und Chancengleichheit der Einelternfamilien
- Interessenvertretung und Lobbyarbeit für Einelternfamilien

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- Beratung und Information
- Vermittlung und Organisation von Freizeit- und Urlaubsangeboten
- Bearbeitung der Anträge auf Zuschuss zur Familienerholung (Landesmittel)
- Vermittlung und Organisation von Familienbildungsangeboten
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen Alleinerziehender
- Hilfe zur Selbsthilfe
- Initiative „Versorgungsausgleich für in der DDR Geschiedene“

SHIA e. V. – Selbsthilfegruppen Alleinerziehender
Landesverband Brandenburg

Bahnhofstr. 4 · 15711 Königs Wusterhausen

Fon 03375 29 47 52 · Fax 03375 21 33 63

Mail post@shia-brandenburg.de

Internet www.shia-brandenburg.de

Verband alleinerziehender Mütter und Väter Landesverband Brandenburg e. V. (VAMV)

GRÜNDUNGSJAHR: 1993

Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1993

AUFGABEN UND ZIELE

Der VAMV ist die politische Interessenvertretung der Einelternfamilien. Er sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Lebenssituation von Einelternfamilien und drängt darauf, dass die Leistung von Eltern, Kinder zu erziehen, geschätzt und unterstützt wird. Der VAMV fordert die Anerkennung von Einelternfamilien als gleichberechtigte Familienform. Durch Stellungnahmen, Positionspapiere sowie die Aufarbeitung wissenschaftlicher Literatur weist er auf entsprechenden Handlungsbedarf hin und mischt sich in Gesetzgebungsverfahren ein.

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN

- kostenlose Beratungen und Informationen (Fragen zum Umgang, zur elterlichen Sorge, zur Existenzsicherung)
- Freizeit- und Seminarangebote

Mitgliedsorganisationen

Verband alleinerziehender Mütter und Väter,
Landesverband Brandenburg e. V. (VAMV)
Tschirchdamm 35 · 14772 Brandenburg a. d. H.
Fon 03381 71 89 45 · Fax 03381 71 89 44
Mail VAMV-LV-BRB@t-online.de
Internet www.vamv-brandenburg.de

Verband medizinischer Fachberufe e.V.
Landesverband Berlin, Brandenburg, Sachsen
GRÜNDUNGSJAHR: 1992 Landesverband Brandenburg
und 2005 durch Fusion Landesverband Berlin,
Brandenburg, Sachsen
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 1994

AUFGABEN UND ZIELE
Zweck des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V.
ist es, die beruflichen, tariflichen und berufspolitischen
Interessen der Mitglieder auf gewerkschaftlicher Ebene
wahrzunehmen.

Verband medizinischer Fachberufe e.V.
Landesverband Berlin, Brandenburg, Sachsen
c/o Barbara Glöhs
Waldstr. 5 · 14554 Neuseddin
Fon 033205 62 445 · Fax 033205 44 788
Mail bgloehs@vmf-online.de
Internet www.vmf-online.de

ver.di
Bezirksfrauenrat Potsdam Nordwest-Brandenburg
GRÜNDUNGSJAHR: 2001 /
vorher ÖTV Bezirksfrauenausschuss
Mitglied im Frauenpolitischen Rat seit 2003

AUFGABEN UND ZIELE
- Kampf für Chancengleichheit von und
Interessenvertretung für Frauen
- Frauen für Gremienarbeit und Funktionen in
Personal- und Betriebsräten gewinnen und stärken

ANGEBOTE / SERVICELEISTUNGEN
- Informationsaustausch und enge Zusammenarbeit mit
den Bezirks-, Landes- und Bundesgremien in ver.di und
anderen Gewerkschaften
- Organisation von Gesprächskreisen, Aktionen,
Demonstrationen

ver.di Bezirksfrauenrat Potsdam Nordwest-Brandenburg
Havel-Nuthe-Center
Konrad-Wolf-Allee1-3 · 14480 Potsdam
Fon 0331 27 57 431 · Fax 0331 27 57 410
Mail gabi.fischer@verdi.de
www.ver.di Potsdam-Nordwestbrandenburg Bezirksfrauen-
rat Potsdam Nordwest-Brandenburg

Fördermitglieder

An dieser Stelle möchten wir uns bei unseren Fördermitgliedern herzlich für ihre Unterstützung bedanken!
Dazu gehören u. a.

Elisabeth Alter
Friederike von Borstel
Thomas Domres
Klara Geywitz
Sabine Stüber
Dagmar Ziegler

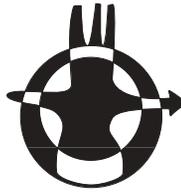
Gemeinsam sind wir stärker!
Auch Sie können als Fördermitglied die Projekte des Frauenpolitischen Rates aktiv begleiten, indem Sie unsere Arbeit
finanziell unterstützen und damit den Einfluss von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft stärken.
Seit 2003 besteht für Einzelpersonen und / oder in der Wirtschaft tätige Institutionen die Möglichkeit, eine
Fördermitgliedschaft beim Frauenpolitischen Rat zu erwerben und sich damit aktiv in die Arbeit zur Durchsetzung der
Gleichstellung von Frauen und Männern einzubringen. Als Fördermitglied werden Sie über die Aktivitäten des
Frauenpolitischen Rates Land Brandenburg e.V. kontinuierlich informiert, können mit beratender Stimme an den
Versammlungen teilnehmen und werden in angemessener Form in die Öffentlichkeitsarbeit mit eingebunden.

Wir würden uns über Ihre Unterstützung freuen!

Antrag auf Fördermitgliedschaft



**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



Heinrich-Mann-Allee 7
14473 Potsdam
Fon 0331 / 280 35 81
Fax 0331 / 24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de



Ich beantrage die Fördermitgliedschaft im Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Die Vereinssatzung erkenne ich an.

Der Mindestbeitrag für die Fördermitgliedschaft beträgt pro Jahr:

- für natürliche Personen 50 €
 für juristische Personen, Gesellschaften,
Organisationen und Gruppen 100 €

Die Fördermitgliedschaft beginnt auf Antrag mit Zahlung des ersten Jahresbeitrages.
Die Folgebeiträge der Fördermitgliedschaft sind jeweils bis zum 10. Januar des jeweiligen Kalenderjahres
auf das u.g. Konto einzuzahlen

Ich zahle meinen Förderbeitrag in Höhe von jährlich durch:

- Dauerüberweisung Jährliche Überweisung in monatlichen Raten i.H.v.

Konto: 350 201 3917
BLZ: 160 500 00
Geldinstitut: Mittelbrandenburgische Sparkasse
Empfänger: Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
Verwendungszweck: Mitgliedsbeitrag „Jahreszahl“ und „Name“

Name / Vorname

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Wohnort

Fon

Fax

E-Mail

Verband / Organisation / Verein / Institution

Ort, Datum

Unterschrift

Abbildungen:

Seite 7: Protestaktion gegen Haushaltskürzungen, 2003

Seite 8: Protestaktion gegen die Umbenennung des Ministeriums für Frauen in Familie, 2004

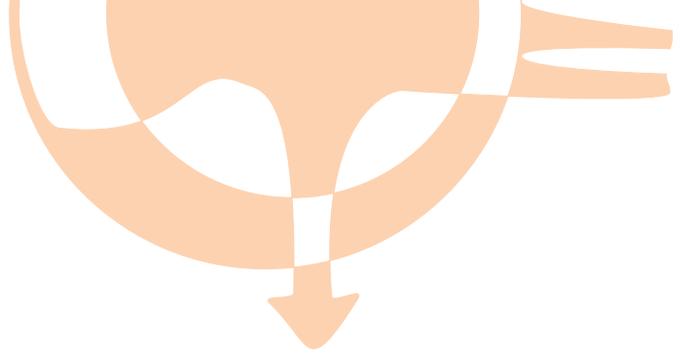
Seite 9: „5 vor 12“ Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidatinnen der Parteien zur Landtagswahl, 2004

Seite 10: Auftaktveranstaltung der 16. Brandenburgischen Frauenwoche
Ministerin Dagmar Ziegler und Sabine Stüber, 2006

Seite 11: Fahnenaktion „frei leben – ohne Gewalt“ vor dem MASGF mit Staatssekretär Winfrid Alber, 2006

Seite 13: Mitgliederversammlung des FPR und Sommertreffen, 2007

Seite 28: Bundeskonferenz der Landesfrauenräte, Aachen 2007



**FRAUENPOLITISCHER RAT
LAND BRANDENBURG e.V.**



IMPRESSUM

Herausgegeben vom
Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V.
Heinrich-Mann-Allee 7, 14473 Potsdam
Fon 0331/280 35 81
Fax 0331/24 00 72
Mail FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de

Redaktion:
Textur – Büro für Text und Kultur
textur-buero@web.de

Fotos:
Landesregierung und privat

Layout:
Ines Arnemann
www.arnedesign.de

Druck:
Chromik Offsetdruckerei, Frankfurt (Oder)

Redaktionsschluss:
12. November 2007

Gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales,
Gesundheit und Familie des Landes Brandenburg

